

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 193 · 17. JAHRGANG · AUSGABE 2/2011 VOM 9. FEBRUAR 2011 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Aus Unfällen lernen!**

Offener Brief an den Bürgermeister

8 | **Der Einzelfall – Parteien und Militäreinsätze**

Die Bundeswehr im Krieg

12 | **Computerglück**

Auch Senioren können es erleben

Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand

Rekommunalisierung der Energieversorgung sofort mit kleinen Schritten beginnen

Das Ziel der Rekommunalisierung muß es sein, eine Energieversorgung der Eberswalder Bürger als Aufgabe der Daseinsvorsorge ermöglichen. Dabei soll es Bestandteil der Arbeit sein, eine deutliche Kosteneinsparung für die Bürger zu erreichen. Ein Teil der Kosteneinsparung könnte genutzt werden, um frühzeitig mit der Ansammlung finanzieller Mittel für die Rekommunalisierung zu beginnen. Das kann nur durch einen Komplex von Maßnahmen erreicht werden, die in mehr oder weniger großem Zusammenhang miteinander stehen. Die Rekommunalisierung der Netze ist nur eine Teilaufgabe und vielleicht nicht einmal die wichtigste.

Für die zu gehenden Schritte könnte folgende Rang- und Reihenfolge gelten:

1. Die Aufgaben der kommunalen Energieversorgung sollten zunächst bei der Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) angesiedelt werden. Die WHG ist ein stabiles und leistungsstarkes Unternehmen mit Erfahrungen der alternativen Energienutzung. Demgegenüber haben die Technischen Werke Eberswalde (TWE) selbst großen Sanierungsbedarf und Zukunftssorgen. Positive Effekte aus der Energieversorgung werden durch die permanenten Verluste aufgeessen.

Die WHG hat einen großen Kundenkreis.

2. Die WHG könnte schnell und schrittweise als Energiehändler beginnen (Zwischenhändler, Einkäufergemeinschaft). Dabei wäre anzustreben, daß die WHG zunächst für ihre Mieter und für städtische Einrichtungen Strom und Gas bereitstellt (Stadtverwaltung, Schulen, Kitas, Sportzentrum, Straßenbeleuchtung ...).

3. Die WHG kann die Wärme- und Warmwasserversorgung ihrer Mieter selbst übernehmen, entweder durch Übernahme der Wärmeerzeugungsanlagen von EWE oder durch die Errichtung eigener Wärmeerzeuger. Die WHG sollte Direktabnehmer der Abwärme des HOKAWE werden.

4. Die WHG sollte prüfen, ob durch eigene Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung eine kostengünstigere Versorgung mit Strom und Wärme möglich ist.

5. Die WHG setzt die Installation alternativer Energienutzung fort (Solaranlagen für Strom und Warmwasser).

6. Die WHG sucht zu den vorstehenden Punkten die Kooperation mit anderen Wohnungsunternehmen und öffnet sich auch den übrigen Energieabnehmern.

7. Die Verträge über die Nutzungsrechte an den Leitungsnetzen sollten zunächst um ein Jahr verlängert werden, um Zeit für die Entwicklung eines Konzeptes der kommunalen Energieversorgung zu gewinnen.

8. Nach einer bestimmten Zeit des Wirkens der WHG als Quasi-Stadtwerke könnte die Ausgründung eines neuen Tochterunternehmens der WHG als Energieversorger erfolgen (ggf. auch als direkte Tochter der Stadt).

9. Nach erfolgreicher Arbeit des so entstandenen Energieversorgers der Stadt wäre die Zuordnung weiterer Aufgaben der Stadt zu überlegen, die aus dem Energieversorger neue Stadtwerke entstehen lassen. Zu diesen Aufgaben könnten auch heutige Aufgaben der TWE gehören, die bei solcher Konstellation keine Daseinsberechtigung mehr haben (wenn es diese zu diesem Zeitpunkt noch gibt).

Bei allen Aktivitäten muß der Maßstab sein, daß für die Eberswalde Bürger und die weiteren Energiekunden eine kostengünstigere Energiebereitstellung erfolgt.

ALBRECHT TRILLER

Anzeige



Eine Woche fünfmal täglich gut essen und trotzdem abnehmen?

Für Ihre guten Vorsätze 2011: Starten Sie jetzt mit der Balance-Diät. Zum Spezial-Preis für Sie **68,90 (Sie sparen 10 €)**

Info 040 5510001, www.diaeko.com

Externer Sachverstand

In der Januarsitzung der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung standen zwei Vorträge auf der Tagesordnung, die im Zusammenhang mit der Beschlußfassung zum Stadthaushalt zu sehen waren. Zumindest ließen die Titel laut Tagesordnung darauf schließen: »Kommunalwirtschaft 2025 – Schwerpunkte der Restrukturierung insbesondere mit Blick auf Auswirkungen von Demographie und Finanzausstattung« sowie »Ergänzende Überlegungen aus der Sicht des Klimaschutzes«. Wer jedoch glaubte, daß sich aus den Darlegungen Schlußfolgerungen für den Haushalt 2011 ergeben würden, der irrte gewaltig.

Was bewog also die Verwaltung, diese Vorträge auf die Tagesordnung zu setzen? Man darf getrost davon ausgehen, daß die Verwaltung die Grundaussagen der Vorträge kannte und daß es gerade diese Grundaussagen waren, die man den Stadtverordneten servieren wollte. Die Art und Weise hat Methode: Es wird »externer Sachverstand« bemüht und damit Objektivität der Aussagen suggeriert. Einer der Vortragenden ist Professor an der Eberswalder Hochschule für nachhaltige Entwicklung (Prof. Dr. Mario Stoffels). Das ist doch schon allein ein Grund, auf die guten Ratschläge zu hören. Die Vorträge haben nur informativen Charakter, man kann nur Verständnisfragen stellen und es gibt keine Diskussion, man kann sich später aber trefflich auf die Expertenaussagen beziehen.

Was waren die Grundaussagen der beiden Vorträge? Bei Prof. Stoffels liest sich das so: »Als Fazit bleibt somit festzuhalten, daß es in vielen Fällen zu einer Neubewertung der Ergebungssituation der kommunalen Wirtschaftstätigkeit kommen muß. Bestehende rentable Unternehmen können die Rentabilitätsschwelle unterschreiten, kommunale Unternehmen, die bereits defizitäre Daseinsvorsorgeleistungen anbieten, müssen ggf. eine weitere Schwächung ihrer Ertragskraft und eine Erhöhung bereits bestehender Verluste in Kauf nehmen.«

Im Hinblick auf die in Eberswalde geführte Diskussion über die Rekommunalisierung der städtischen Energieversorgung heißt das: Hände weg von der Neugründung von Stadtwerken. Waren Stadtwerke bisher Dukatenesel, so werden sie zukünftig Groschengräber sein. Die Vorträge waren damit ein Schuß vor den Bug der Befürworter einer Rekommunalisierung. Die Energieunternehmen werden sich freuen. Ihre Erwartungen wurden durch die Studie erfüllt, was nicht anders zu erwarten war, denn die VNG – Verbundnetz Gas Leipzig hatte die Erarbeitung dieser Expertise finanziell unterstützt.

Zu Fragen bleibt, welche Rolle die Verwaltung bei den weiteren Debatten um die Rekommunalisierung der städtischen Energieversorgung zu spielen gedenkt und ob sie mit ihrer Position die Interessen der Bürger vertritt?

ALBECHT TRILLER

Bürgermeister brüskiert Stadtverordnete

Anfragen sind ein wichtiges Mittel für Abgeordnete, ihrer Funktion als Kontrollorgan der Verwaltung gemäß § 29 der Kommunalverfassung nachzukommen. Mittels Anfragen können sie auf bestimmte Sachverhalte aufmerksam machen und Anfragen können dazu dienen, Informationen zu erlangen, die der Abgeordneten Tätigkeit dienen, beispielsweise zur Vorbereitung von Beschlußvorlagen. Oft resultieren Anfragen auch aus Gesprächen der Abgeordneten mit Wählerinnen und Wählern.

Bürgermeister Friedhelm Boginski hatte schon seit seinem Amtsantritt Ende 2006 gewisse Probleme mit Anfragen von Stadtverordneten. Damals forderte er die Stadtverordneten auf, mit Anfragen doch etwas zurückhaltender zu sein, um ihn nicht beim Umbau der Verwaltungsstrukturen zu stören (Niederschrift der 35. StVV-Sitzung am 22.02.2007). Auch später, als die Umstrukturierung längst abgeschlossen war, war das Argument, »daß bei einem Übermaß von Anfragen die Verwaltung ihren eigentlichen Tätigkeiten und Aufgaben nicht mehr nachkommen« könne, desöfteren zu hören. Später wurde gar an der Sinnhaftigkeit einzelner Fragen gezweifelt – ein klarer Eingriff in die Abgeordnetenrechte, ihr Amt »nach ihrer freien, dem Gemeinwohl verpflichteten Überzeugung« auszuüben (§ 30 Abs. 1 KommVerf).

Doch was sich der Bürgermeister auf der Stadtverordnetenversammlung vom 27. Januar erlaubte, war der bisherige Gipfel. Er bezeichnete öffentlich eine Anfrage des Stadtverordneten Carsten Zinn als »dumme Frage« und erklärte: »Ich weigere mich, darauf zu antworten.« (MOZ, 29./30.01.2011)

Daß diesem Eklat ein emotionsgeladener Wortwechsel vorausging und die Fragethemen neben dem Neujahrsempfang auch den tragi-

schen Todesfall der zweijährigen Lilly in einer städtischen Kita betrafen (vgl. BBP 1/2011), mag die bürgermeisterliche Entgleisung zum Teil erklären – entschuldigen läßt sie sich dadurch nicht.

Die Anfragen trafen den Bürgermeister offenbar an empfindlicher Stelle. Denn sie enthielten in indirekter Form eine Kritik an dem immer selbstherrlicher werdenden autoritären Auftreten Boginskis. Statt zum eigenen Nutzen über kritische Bemerkungen nachzudenken, reagiert er mit zunehmender verbaler Aggressivität bis hin zu solcher Überreaktion, wie am 27. Januar, was ihm in seiner hochbezahlten Funktion nicht passieren sollte.

Nicht nur diese Entwicklung ist sehr bedenklich, sondern auch, daß der bürgermeisterliche Eingriff in das Anfragerecht von einigen StVV-Mitgliedern mit zustimmendem Beifall honoriert wurde.

Aber es gab auch andere Stimmen. »Ich fand die Reaktion Boginskis völlig überzogen und mit seiner schulmeisterischen Art sehr unpassend für eine Stadtverordnetenversammlung«, sagte beispielsweise Dr. Andreas Steiner (Fraktion Bündnis 90/Grüne) der Bürgerpost-Redaktion. Boginski sollte »sich zukünftig vor Augen halten, daß es sich bei den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung um erwachsene und gestandene Leute handelt und er nicht seine Schüler vor sich hat«. Ein anderer Stadtverordneter sprach von einer »sehr emotional« und beiderseits »nicht sehr professionell« geführten Debatte. Es gebe sicher im Nachgang eine schriftliche Beantwortung der Fragen durch die Verwaltung, »alles andere wäre ein unmögliches Verhalten«.

Dem Bürgermeister würde gut zu Gesicht stehen, wenn er diese Hoffnung erfüllt.

GERD MARKMANN

Rudolf-Schmidt-Medaille:

Eine Standortentscheidung

Die lokale Tageszeitung griff ihrer Ausgabe vom 26. Januar das Titelthema der Januar-Bürgerpost »Nazi-Ehrung im Verein für Heimatkunde« auf und berichtete über Reaktionen. Nachfolgend ein Leserbrief, der sich auf den MOZ-Beitrag bezieht:

Wer als »PG«, das war das damals übliche Kürzel für Mitglieder der Nazipartei NSDAP, den Ideologen dieser Partei zu Diensten gewesen ist, ihnen etwa zum Munde geschrieben hat, der mußte das mit seinem Gewissen vereinbaren. Viele haben das nicht getan und gewissenhaft und charakterfest Widerstand geleistet. Es gibt nicht wenige, die dafür mit ihren Leben bezahlt haben.

Wer gar gegen seine Überzeugung mit den Nazis kollaboriert hat, also wie Herr Rudolf Schmidt, der trotz Parteiabzeichen angeblich kein Nazi war, den muß man wohl als charakterlos bezeichnen.

Wenn ein Heimatverein gerade diesen Mann, allein wegen seiner publizistischen Le-

bensleistung, als Namensgeber für seine Auszeichnung wählt, dann ist das seine souveräne Entscheidung. Damit hat der Verein eine Standortentscheidung getroffen.

Es ist das Recht jedes Ausgezeichneten, diese Auszeichnung mit Stolz zu tragen – schließlich hat er ja selbst etwas dafür geleistet – genau so wie es das Recht jedes einzelnen Bürgers ist, ihn dafür zu schelten.

Wem diese Auszeichnung angeboten wird – das gilt für alle Auszeichnungen dieser Welt – der sollte sich überlegen, wen er mit der Annahme ehrt und ob er sie trotzdem annimmt oder ob er sie, exakt aus diesem Grunde, besser ablehnen sollte.

JOHANNES MADEJA

Offener Brief an Bürgermeister Friedhelm Boginski:

Aus Unfällen lernen!

Oder ist es am Wichtigsten, daß man keine Schuld hat?

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, zunächst möchten wir uns recht herzlich bei Ihnen für das Gespräch bedanken, daß die Stadt Eberswalde den Eltern der Kinder der Kita Villa Kunterbunt ermöglichte. So standen Herr Landmann 1. Beigeordneter und Frau Ladewig Leiterin des Amtes für Bildung Jugend und Sport im Rahmen einer Elternversammlung am 11.01.2011 zur Klärung von offenen Fragen zur Verfügung. Mit großem Interesse wurde dieses Gesprächsangebot von zahlreichen Eltern angenommen. Hoch war der Erwartungsdruck nach vielen Wochen der Fassungslosigkeit und Trauer nach dem Kita-Unfall. Um so größer war die Enttäuschung, daß die Vertreter der Stadt sowohl mit leeren Händen als auch völlig ohne neue konzeptionelle Ansätze oder neue Ideen zu dieser Gesprächsrunde antraten.

Drei Punkte wurden jedoch deutlich herausgestellt:

– Der städtische Träger hat keine Schuld. Die Schuld der beiden Erzieherinnen klärt natürlich die Staatsanwaltschaft. Fest steht, diese Erzieherinnen kommen nicht in unsere Kita zurück.

– Man ist froh über den großen Zuspruch der Bürger unserer Stadt und den Erfolg des praktizierten Krisenmanagements.

– Und weil alles so richtig war, gibt es nur noch einige behördliche Auflagen und dann kann man zuversichtlich nach vorne schauen und weiter machen wie bisher, im völligen Konsens mit der Landespolitik.

Die Stadt hat also alles richtig gemacht. Gefahrenpotentialanalysen lagen vor, gültige Betreuerschlüssel wurden eingehalten. Auflagen, Betriebsurlaub, Qualifikation alles vom Besten.

Das Team um Frau Gesche hat einen guten Ruf nicht nur bei den Eltern. Nicht nur wegen einer liebevollen Betreuung, sondern wegen einer qualifizierten pädagogischen Arbeit. Unsere Kinder (3) und (4) Jahre lieben ihre Kita und die »Tanten«. Dennoch die schrecklichen Erlebnisse der letzten Wochen haben sich eingetribbet.

Läßt sich wirklich nichts verbessern?

Mit dem neuen Kita Gesetz, sind erste kleine Schritte eingeleitet. Kleine Schritte mit erheblichem finanziellen Aufwand, die das Land Brandenburg im Länderspiegel nun immerhin von dem letzten auf den drittletzten Platz im Betreuerschlüssel »katapultierten«. Brandenburgs Bildungsminister Holger Rupprecht zieht Bilanz und lobt die verbesserte Personalausstattung in den Kitas als Erfolg der Landespolitik. Die Ziele der Bundes-SPD hält Herr Rupprecht in Brandenburg jedoch für unrealistisch.

Der Bundesdurchschnitt liegt in der Krippe rechnerisch bei 1:5,8 und im Kindergarten bei

1:10,5. Die Bundes-SPD fordert ein Verhältnis von 1:4 für die Krippenkinder.

Wissen sollte man, daß es sich bei den jetzigen Änderungen vor allem auch um erste Erfolge von Elterninitiativen wie »Kitainitiative Brandenburg« aus Oranienburg handelt.

Bleibt nicht dennoch die moralische Verpflichtung mehr zu tun?

Ungenügend beantwortet blieb die Frage in der Elternversammlung, warum 13 Krippenkinder von einer Erzieherin betreut werden, wenn der Schlüssel 6 (bisher 7) sagt. Grundlage hierfür ist »ein kompliziertes mathematisches Berechnungsmodell in Abhängigkeit von Betreuungszeiten«. Diese Antwort war nicht sehr hilfreich. Was nutzt auch ein Personalrechner mit dem ermittelt wird, wie viele Stellen (VbE) für pädagogische Fachkräfte einer Kindertagesstätte bei einer bestimmten Kinderzahl auf Grundlage § 10 Abs. 1 KitaG und § 5 Abs. 2 KitaPersV mindestens zur Verfügung gestellt werden müssen?

Die Kita Erzieherinnen kämpfen sich im Interesse ihre Schützlinge immer wieder durch. Im Krankheits- oder Urlaubsfall auch weiterhin mit aufgestockten Gruppen, alltägliche Hochleistung in mehrfacher Hinsicht immer viel zu oft auf eigene Kosten. Die Kita-Erzieherinnen schaffen es ja, machen es irgendwie möglich. Doch kann man sich pauschal hinter den zu erwartenden Kosten verstecken, wenn man über Verbesserungen nachdenkt? Bitte haben Sie Verständnis ... mehr können wir uns nicht leisten.

Wir fragen Sie, Herr Boginski: Ist das nicht zu einfach?

Zunehmend mehr Bundesländer – gegenwärtig sind es sieben – gewähren Eltern sogar eine Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung, zwei Bundesländer davon gewähren diese Beitragsfreiheit für die letzten beiden Kindergartenjahre. Unlängst hat Berlin die Beitragsfreiheit für die letzten drei Jahre beschlossen und zusätzlich die Betreuungsschlüssel verbessert. Und was kann das Land Brandenburg und was können die Kommunen des Landes? Gerade jetzt, vor der angestrebten Länderfusion?

Beitragsfreiheit für Brandenburg – gegenwärtig wohl Illusion. Eine Verbesserung der Betreuungsschlüssel aus kommunalen Töpfen verbunden mit weiteren Erhöhungen der Elternbeiträge? Politisch wohl eine Gratwanderung! In der Festlegung höherer Gebührensätze und Steuererhöhungen ist Eberswalde ja recht offensiv, um jetzt schon vorhandene Haushaltslöcher zu stopfen. Aber die Belastbarkeit von Bürgern und Gewerbe ist grenzwertig. Steht das in einem gesunden Verhältnis zu einer zukunftsorientierten Ausrichtung der

Neugier, Liebe, Revolution

der Lebenslauf von RAINER THIEL, ist nun endlich leichter bestellbar:

– Im Buchhandel mit Angabe von Titel, Verfasser und Verlag (Edition Ost)
– bei Amazon (www.amazon.de)

Leserstimmen:

»... Ich finde es großartig, ... außerdem ist das Buch eigentlich drei Bücher oder mehr. Das Buch ist für mich – und hoffentlich auch für zahlreiche andere – vieles zugleich:

1) Es ist Anregung, mich wieder einmal mit dem zu befassen, was Du vorher geschrieben hast.

2) ist es aber vor Allem eine Geschichte der DDR in Vorkommnissen, deren Zeuge Du bist. Man erkennt wesentliche Gründe des Scheiterns, ohne daß Du sie ausdrücklich ... benennst, aber auch Positives ..., das wiederentdeckt werden sollte. Es wäre gut, wenn Autoren von Programmwürfen der Linken sich gerade für einen neuen Politikstil stark machen, sie könnten sogar denen, die sich Christen nennen, die Bergpredigt vorhalten; ich fürchte aber, daß sie nicht den Mut dazu fassen.

3) Zu alledem führst Du auch noch ... philosophisch-wissenschaftliche Auseinandersetzungen, in denen Du schon ein neues Buch 'andenkst'.

Dazwischen lugt, erfreulich oft und unbekümmert, der Naturfreund, der Liebende, der Familienmensch.

Lieber Rainer, ich bezeuge: Das ist die wahrhaftigste Autobiographie, die ich kenne. Wer Dich nicht kannte ..., der ... versteht Dich – und würde Dir vielleicht trotzdem manchmal ausweichen, wenn er es gemütlich haben will.«

Rainer Thiel: »Neugier, Liebe, Revolution – Mein Leben 1930-2010«, edition ost Verlag am Park Berlin 2010, ISBN 978-3-89793-248-7, 22,90 Euro.

kommunalen Entwicklung? Die Stadt attraktiver machen und in die Zukunft investieren!

Sind nicht unsere Kinder unser wertvollstes Gut – unsere Zukunft?

Stellt sich dann nicht vielmehr die Frage, welche Rahmenbedingungen der Träger mit den verfügbaren Ressourcen modifizieren kann. Investitionen wirkungsvoll einsetzen und Bildung fördern – Qualität sichern.

Wirkungsvolle moderne Arbeitszeitmodelle um Kernzeiten besser auszufüllen. Einige zusätzliche hoch qualifizierte Erzieher, die als gruppenübergreifende Fachkraft vorrangig die Krippengruppen unterstützen und temporäre Spitzen durch Urlaub und Krankheit abfedern könnten. Zumindest das sollte doch möglich sein!

Die städtischen Vertreter sahen am 11. Januar leider keinerlei Gestaltungsfreiheit, die über Landesgesetzgebung hinaus etwas mehr möglich macht.

Sie gaben jedoch die Zusage, die aufgeworfene Problematik in die Gremien zu tragen und nach weiteren Lösungen zu suchen. Wir hoffen, daß auch Sie als Bürgermeister sich diesem Handlungsbedarf spürbar annehmen werden und das Bemühen nach besseren Lösungen zumindest auf kommunaler Ebene Erfolg hat.

ANTJE und TORSTEN REGULIN 3

Demokratie live

Wer in der Stadtverordnetenversammlung reden darf und wie lange, das regelt die Geschäftsordnung. Damit soll ein geordneter Ablauf erreicht und der Zeitplan eingehalten werden. Rechtsstaatlichkeit nennt man das. Doch mittels Geschäftsordnungsantrag kann man da eingreifen und einen unliebsamen Redner an der Ausübung seines Rederechtes hindern.

So geschehen in der Sitzung des Eberswalder Finanzausschusses am 13. Januar, in der Albrecht Triller von der Fraktion »Die Fraktionslosen« ausgebremst wurde.

Als er das Wort ergreifen wollte, drängte sich Götz Trieloff (FDP/Bürgerfraktion Barnim) mit einem Geschäftsordnungsantrag dazwischen und beantragte »Schluß der Beratung«. Trillers Einwurf, ein solcher Antrag solle laut Geschäftsordnung erst dann gestellt werden, wenn alle Fraktionen Gelegenheit hatten, zur Sache zu sprechen, fruchtete nicht. Die Ausschußmitglieder stimmten mehrheitlich für den »Schluß der Beratung«. Der Ausschußvorsitzende ließ diesen Bruch der Geschäftsordnung zu. Auch die anwesenden Stadtverwaltungsmitarbeiter signalisierten keinen Einwand.

In der Stadtverordnetenversammlung am 27. Januar wurde der gleiche Stadtverordnete ein weiteres Mal ausgebremst. Als Albrecht Triller die Vorlage seiner Fraktion zum Thema Transparenz in kommunalen Unternehmen begründete, unterbrach ihn nach etwa drei Minuten der amtierende Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung und forderte ihn auf, zum Schluß seiner Rede zu kommen. Trotz seines Hinweises, daß er nach der Geschäftsordnung für die Begründung der Beschlußvorlage fünf Minuten Redezeit habe, durfte Triller seine Ausführungen nicht zu Ende bringen. Seinem Einwand, der Bürgermeister habe zur Vorlagebegründung zehn Minuten gesprochen, wurde entgegnet, daß es dabei auch um den Haushalt 2011 gegangen sei.

Die Geschäftsordnung kennt nur zwei Redezeiten: »Die Redezeit zur Begründung von eingereichten Beratungsgegenständen sowie von Anträgen ... soll fünf Minuten nicht überschreiten. Weitere Redebeiträge sind auf drei Minuten zu begrenzen«. Sonderredezeiten gibt es in der Geschäftsordnung weder für den Bürgermeister noch für Fraktionsvorsitzende. Dennoch wurden weder der Bürgermeister mit seinen 10 Minuten zur Vorlagebegründung, noch die Fraktionsvorsitzenden Sachse (4 Minuten), Lux (7 Minuten), Trieloff (8 Minuten) und Oehler (7 Minuten) bei ihren »weiteren Redebeiträgen« zur Ordnung gerufen.

GERD MARKMANN

Anzeige

Märchenbuchsammlung zu verkaufen

Märchen und Sagen aus aller Welt aus einer umfangreichen Sammlung, einzeln oder zusammen. Preis nach Vereinbarung. Bei Interesse eMail an post.an@gerd-markmann.de oder Tel. 03334/356542 (nach 17 Uhr oder AB)

Die Steuersenkungspartei

Zunächst einmal begrüße ich es, daß die Jungen Liberalen Barnim mit ihrer Positionierung zum Thema Steuererhöhungen ihren gewählten Parteimitgliedern in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung kräftig »den Marsch blasen«. Doch was nutzt dies? Überall in den Parlamenten wo Liberale sitzen vollziehen diese stets die seltsame Wandlung von einer Steuersenkungspartei (vor der Wahl) zu einer Steuererhöhungspartei (nach der Wahl). So auch in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung.

Mit ihren Gegenstimmen hätte die Fraktion FDP/Bürgerfraktion Barnim komfortabel die Pläne der Stadtverwaltung zur Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuern durchkreuzen und pro Bürger entscheiden können. Doch was haben die Kollegen gemacht? Sie haben sich (mit Ausnahme der Gegenstimme von Frank Banaskiewicz) aus strategischen Gründen der Stimme enthalten, weil sie »ihrem« FDP-Bürgermeister Boginski nicht in den Rücken fallen wollten. Ein wahrlich fauler Kompromiß, der weder inhaltlich noch politisch zu rechtfertigen ist.

Nun zu den Vorschläge der Jungen Liberalen zu Einsparmöglichkeiten: Sie sind meines Erachtens wenig durchdacht. Bei einer (Teil)Privatisierung des Stadtwaldes würde es sich erneut um die Veräußerung von Tafelsilber handeln. So wie beim Verkauf der Stadtwerke.

Der Stadtwald hat vielfältige Funktionen für die Naherholung. Ein Verkauf von Waldflächen würde die Einflußmöglichkeiten der Kommune für die Entwicklung des Stadtwaldes deutlich einschränken bzw. würden gänzlich wegfallen.

Eine Zusammenlegung des Sozial- und Bildungsausschusses, und damit die Abschaffung eines Ausschusses, halte ich ebenfalls für wenig sinnvoll. Soziale und bildungspolitische Brennpunkte in Eberswalde – und damit Arbeit für beide Ausschüsse – sind zur Genüge vorhanden. Sie müssen nur auf die Tagesordnung der Ausschüsse gesetzt und nicht ausgeklammert werden. Gleichzeitig würde die Abschaffung eines Ausschusses die Kontrollfunktionen der Stadtverordneten gegenüber der Verwaltung minimieren.

Potentiale für Einsparmöglichkeiten liegen vielmehr in einem sinnvollen und gut durchdachten Umgang mit Fördermitteln, die immer mit Eigenanteilen kofinanziert werden müssen! Prestige- und andere zweifelhafte Bauprojekte, u.a. der Eichwerderring und die Finowkanalpromenade, müssen zur Disposition stehen. Dies ist die Art der Aufgabenkritik, die geführt werden muß.

Dr. ANDREAS STEINER

Stellvertretender Vorsitzender der Eberswalder Stadtfraktion Bündnis 90/Die Grünen

»Schwere Technik« und manuelle Besenkraft



Eberswalde (prest-ew/bbp). Das Frühlingsintermezzo Mitte Januar nutzten Mitarbeiter des städtischen Bauhofes, den Eberswalder Marktplatz von den winterlichen Folgeerscheinungen zu befreien. Mit einem Großaufgebot manueller Besenkraft und »schwerer Technik« wurden ca. 10 Tonnen Kies zusammengefegt und zusammen mit 15 m³ Schnee sowie den Holz- und Strohresten vom Weihnachtsmarkt mit zahlreichen Fahrten der Klein- und Kleinsttransporter entsorgt worden. Auf vielen Flächen, wie Bushaltestellen, Brücken und Gehwegen blieben Kies und Splitt noch liegen. Da bald wieder Schnee und Kälte angesagt war, »soll so die die Rutschgefahr im Vorfeld etwas abgemildert werden«, sagte die Leiterin des Bauhofes, Katrin Heidenfelder.

(Nicht) weiter so

Mit dem Haushalt 2011 wird die bisherige Haushaltspolitik der Stadtverwaltung und der Abgeordnetenmehrheit kontinuierlich fortgesetzt. Die Eberswalder Kommunalpolitik ist weniger von eigenen Programmen und Zielstellungen bestimmt, als vielmehr von den Möglichkeiten, Fördermittel zu akquirieren. Dies war schon so in Zeiten des Bürgermeisters Schulz und das ist so geblieben unter Bürgermeister Boginski. Mit dem Blick auf Fördermittel hatte sich die Stadt in das wirtschaftliche Desaster der LAGA gestürzt und mit dem gleichen Blick plant die Stadt heute Straßen, Bürgerbildungszentrum und andere Investitionen, die sie ohne Fördermittel unterließe, weil sie die Leistungskraft der Stadt übersteigen. Nun, da angekündigt ist, daß die EU-Förderprogramme auslaufen, wird alles versucht, noch möglichst viele Fördermittel zu erhalten. Die Prüfung auf Nachhaltigkeit des Fördermitteleinsatzes bleibt noch mehr auf der Strecke. Die Strategie auch des diesjährigen Haushalts ist die Strategie des »Weiter so« wie in den Vorjahren. Wo Besinnung und Korrektur am Platze wären, wird eine fragwürdige Haushaltspolitik unverändert fortgesetzt. Es scheint, als betrachteten Verwaltung und Stadtverordnetenmehrheit diese Strategie als »alternativlos«.

Alternativlos ist der Haushalt 2011 jedenfalls nicht. Es genügt allerdings nicht, für die kritische Lage des Haushalts die Finanzkrise und die Mittelbereitstellung durch Bund und Land verantwortlich zu machen. Sicher sind das wesentliche Ursachen. Zu fragen ist aber vor allem, wie unsere auch zum guten Teil hausgemachten Probleme zu lösen sind.

Seit einem Jahr wird an einer »Aufgabenkritik« gearbeitet, das heißt Sparmöglichkeiten im städtischen Haushalt gesucht. Da sollte man meinen, daß nicht parallel Geld verschenkt wird. Aber die Stadt Eberswalde tut es – mit dem Segen der Stadtverordnetenversammlung. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den Verkauf des Schulgeländes Fritz-Weineck-Straße für den Vorzugspreis von 155 TEuro an den Landkreis, obwohl die Stadt erst 75 TEuro für den Abriß des Schulgebäudes bezahlt hatte. Und eben diese 155 TEuro Erlös gewährte die Stadt dem Landkreis als Investitionszuschuß für das Gymnasium Finow. Dazu gab es dann die Turnhalle noch gratis obendrauf. Auch die Turnhalle an der Potsdamer Allee wurde für einen Euro abgegeben, obwohl zuvor erhebliche Mittel in die Sanierung geflossen sind. Diese rätselhafte Verfahrensweise wurde mit einem sogenannten Grundstückstausch mit dem Landkreis fortgesetzt, der für die Stadt Belastungen von 350 - 500.000 Euro bringen wird.

Die Stadt plant ferner Investitionen, für die sie eigentlich keine Mittel hat, bzw. die ihr Leistungsvermögen überfordern. Zu solchen Investitionen gehören unter anderen der geplante Bau des Eichwerder Rings, der Ausbau des Objektes Puschkinstraße zum Bürgerbildungszentrum,

die Entwicklung des sogenannten Wohnparks Finow, die noch nicht explizit benannten Straßenbaumaßnahmen in Finow und der prophylaktischen Grunderwerb.

Statt sich selbst zu überfordern, sollten nicht bezahlbare Investitionen privaten Investoren überlassen werden (was sich für diese nicht rechnet, davon sollte auch die Stadt die Finger lassen). Inakzeptabel ist ferner, daß im September 2010 »baldmöglichst« in Aussicht gestellte Sanierungskonzeption für die TWE immer noch auf sich warten läßt, obwohl gerade hier Millionen Verluste gemacht werden.

Im Ergebnis der Aufgabenkritik wird fast ausschließlich eine Kürzung der »freiwilligen Aufgaben« ins Auge gefaßt. Aber auch bei pflichtigen Aufgaben gibt es Ermessensspielräume. Es gibt keine Pflicht, eine bestimmte Straße zu bauen, ein stadt eigenes Gebäude für einen neuen Verwendungszweck herzurichten oder Grundstücke auf Reserve zu kaufen. Bei solch verengter Betrachtungsweise wurde zum Teil an den falschen Stellen gespart und mögliches Konsolidierungspotential nicht genutzt, weshalb dann für den Haushaltsausgleich zu Steuererhöhungen gegriffen werden mußte.

Sparen zuerst bei den großen Posten, das ist sicher richtig. Aber mit Streichungen ist noch nichts gespart. Die »Einsparungen« beim Personal zeigen schon bedrohliche Wirkungen. Nicht mehr alle Aufgaben werden geschafft. Wie zu DDR-Zeiten ist die meist gebrauchte Ausrede der Verwaltung: keine Leute, keine Leute. Mehr und mehr werden einerseits Aufgaben »ausgelagert« und als Fremdleistungen entsprechend teuer bezahlt und »externer Sachverstand« für viel Geld eingekauft.

Beim Sparen darf man auch nicht nur auf die Kosten schauen. Bei der »Einsparung« der Bürgerbüros z.B. werden nicht nur Kosten reduziert, sondern Leistungen, Bürgernähe und Ortsteilidentität wegrationalisiert. Eingesparte Kosten der Verwaltung werden zu Kosten der Bürger. Der von Bürgermeister Boginskis seiner Antrittsrede erklärter Grundsatz: »der Vorgang muß laufen nicht der Antragsteller«, wird dadurch umgekehrt.

Der Bürgerhaushalt hat, wie schon in den Vorjahren, keinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erbracht. Dies liegt einerseits daran, daß es nicht gelungen ist, mit dem Bürgerhaushalt in die Breite zu kommen. Das liegt aber auch daran, daß die haushaltswirksamen Vorschläge nicht angenommen wurden, weil sie nicht ins haushaltspolitische Konzept passen.

Trotz der notwendigen grundsätzlichen Einwände, erhielt der Haushalt 2011 die Zustimmung mit großer Mehrheit der Stadtverordneten. Nur die Fraktion der Fraktionslosen, die Grünen und einzelne Abgeordnete der anderen Fraktionen stimmten gegen den Haushalt. Ist der Stadtverordnetenversammlung die Opposition abhanden gekommen?

ALBRECHT TRILLER

Investitionsausgaben

Barrierefreiheit statt Prestigeobjekte

Mit einem Änderungsantrag zum Haushalt 2011 hatte die bündnisgrüne Fraktion in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung zu verhindern versucht, daß Investitionen zur Verbesserung der Barrierefreiheit zugunsten von Prestigeobjekten auf die lange Bank geschoben werden. Konkret ging es um die Investitionsplanung bis 2014. Noch für diesen Zeitraum stehen der Stadt Fördermittel für eine nachhaltige Stadtentwicklung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Verfügung. Eines der hiermit geplanten Projekte ist die Herstellung barrierefreier Haltestellen im Stadtgebiet. In der bisherigen Investitionsplanung waren dafür insgesamt 500.000 Euro vorgesehen. Im Haushaltsplan 2011 wird diese Summe auf 155.000 zusammengestrichen, was einer Kürzung um ca. 70% entspricht. Demgegenüber steigt die Investitionssumme zum Beispiel für das Projekt südliche Finowkanalpromenade von rund einer Million auf mehr als 3 Millionen Euro.

Dazu erklärte Nicky Nerbe, Mitglied im städtischen Finanzausschuß: »Eine solche Prioritätensetzung halten wir für falsch. Jetzt wäre die Chance, unter Nutzung der EFRE-Mittel einen großen Schritt in Sachen Barrierefreiheit zu tun. Damit könnte die Stadt für eine älter werdende Bevölkerung fit gemacht werden und den allgemeinen Bekenntnissen im Konzept 'Barrierefreies Eberswalde' könnten endlich Taten folgen.«

Die Stadtverordnetenversammlung hatte am 27. Mai letzten Jahres das Konzept »Barrierefreies Eberswalde - eine Stadt für alle« nach langen Vorberatungen beschlossen. Im Beschlußtext heißt es: »Rechtzeitig vor Beginn der Haushaltsdiskussion beraten die zuständigen Fachausschüsse die haushaltsrelevanten Maßnahmen und schlagen ggf. eine Prioritätenliste der im folgenden Jahr umzusetzenden Einzelmaßnahmen vor.« Diese Prioritätenliste wurde bisher weder erarbeitet noch beraten.

Bündnis 90/Die Grünen plädieren dafür, die Chance der EFRE-Förderung auch zu nutzen, um den älter werdenden Bürgern den Alltag erleichtern. Daher sollten ausreichend Mittel für die Förderung der Barrierefreiheit zur Verfügung stehen. Wir schlagen vor, die Ausgaben für das städtebauliche Projekt »Promenade am Finowkanal« um 345.000 Euro zu kürzen und die Mittel wieder der Haushaltsstelle »Barrierefreie Haltestellen« zuzuführen.

Der Alltagsnutzen für die Bürgerinnen und Bürger darf neben der Attraktivität städtebaulicher Projekte nicht vernachlässigt werden. In diesem Sinne fordern wir eine weitsichtiger Stadtentwicklungspolitik.

KAREN OEHLER, Fraktionsvorsitzende

Die Eberswalder Stadtverordneten lehnten den Änderungsantrag von Bündnis 90/Grüne auf ihrer Sitzung am 27. Januar mehrheitlich ab.

MdLs im Fernsehen

Eberswalde (fdp). Die Barnimer Landtagsabgeordneten Michael Luthardt (DIE LINKE), Axel Vogel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Gregor Beyer (FDP) haben mit dem ODF vereinbart, daß sie von dem regionalen Fernsehsender künftig vierteljährlich zu einer Gesprächsrunde mit der Redaktion eingeladen werden. Dabei wollen die drei Abgeordneten zu aktuellen und regionalen Themen informieren. Bereits am 10. Januar fand das Auftaktgespräch beim Fernsehsender statt. Themen waren unter anderem das Chaos bei der S-Bahn und Regionalbahn.

(www.odftv.de/news/Politiker_Talk-11858.html)

Leitbildentwurf Chorin

Mitte 2009 haben es sich die Bürger der Gemeinde Chorin auf Anregung von Dr. Michael Luthardt zur Aufgabe gemacht, für ihre sieben Ortsteile ein gemeinsames Leitbild aufzustellen. Sie erhalten auch in diesem Jahr Unterstützung von der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH). Der im Juni 2010 von Akteuren erstmals formulierte Leitbildentwurf für die Gemeinde wurde nun von Studentinnen und Studenten des Studienganges »Landschaftsnutzung und Naturschutz« grundlegend überarbeitet. Basierend auf Gesprächen mit Gemeindevertretern sowie eigenen Recherchen wurden Werte, Ziele und die Einbindung der einzelnen Ortschaften in die Gesamtgemeinde konkretisiert. Chorin, Brodowin, Golzow, Neuhütte, Sandkrug, Senftenhütte und Serwest sollen zukünftig an einem Strang ziehen!

Eine von den Studierenden konzipierte Wanderausstellung wird umfassend zum Prozess der Leitbildfindung und zum neuen Leitbildentwurf informieren. Am 21. Januar 2011 erfolgt ab 18 Uhr die Eröffnung der Ausstellung im Bahnhof Chorin mit der Gelegenheit zu Information und Diskussion über die Zukunft der Gemeinde Chorin. Interessierte Bürgerinnen und Bürger können den Leitbildentwurf auch auf der Internetseite der Gemeinde Chorin oder im Amtsblatt (Ausgabe Januar 2011) einsehen.

PATRICK THUR

Kinderschach geht weiter

Am 15. Januar wurde Sportfreund Andreas Knopp einstimmig zum Abteilungsleiter Schach beim SV Motor gewählt. Das Kindertraining geht weiter und findet mit Unterstützung der Schachfreunde Ulli Strien und Mario Luckian in den Schachräumen des Sportvereins SV Motor im Freizeitschiff der WBG an der Prignitzer Straße im Eberswalder Ortsteil Brandenburgisches Viertel jeweils dienstags um 16 Uhr statt. Alle schachbegeisterten Kinder sind mit ihren Eltern recht herzlich eingeladen.

CHRISTIAN MÄTZKOW

Juristischer Erfolg gegen EWE

Einstweilige Verfügung setzte sich durch

Die Dezemberausgabe der »Barnimer Bürgerpost« informierte auf Seite 3 über das Vorgehen von Bürgern gegen die rechtswidrige Androhung von Versorgungssperre durch die EWE Energie AG. Die Bürger wandten sich mit Widerspruch, Hausverbot und beim Amtsgericht Eberswalde eingereichter Schutzschrift dagegen. In konsequenter Verfolgung des Protestes gegen die Handlungsweise von EWE reichten Mitglieder der Allianz freier Wähler beim Amtsgericht Eberswalde einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen die

Sperrendrohung ein. Die einstweilige Verfügung hatte Erfolg.

Es kam zu einem Anerkennungsurteil gegen EWE. EWE wurde verpflichtet, die Sperrendrohung zu unterlassen und mußte die Kosten des Rechtsstreites tragen. EWE entschuldigte sich im Nachgang, daß die Sperrendrohung irrtümlich infolge fehlerhafter Datenübertragung bei Übernahme der Stadtwerke Eberswalde verschickt wurde.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG,
Landesvorsitzender der Allianz freier Wähler

Beschäftigungsförderung in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und die Bundesagentur für Arbeit (BAfA) haben im Haushaltsjahr 2011 für das Jobcenter Barnim bei den Ausgabemitteln für »Leistungen zur Eingliederung« nach Sozialgesetzbuch II (»Hartz IV«) die finanziellen Mittel um 30,3 % gekürzt. Vor diesem Hintergrund fragt die Fraktion der Linken in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung den Bürgermeister nach den Auswirkungen dieser Kürzungen für die öffentliche Beschäftigungsförderung in Eberswalde.

Konkret wird gefragt, wie viele Stellen der Arbeitsmarktinstrumente »Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigungen« (MAE), einschließlich der Entgeltvariante, sowie im Bundes- und Landesprogramm Kommunal-Kombi, für 2011 in der Stadt Eberswalde und

ihren Ortsteilen zum Einsatz vorgesehen sind. Auch nach der Absicht der Stadtverwaltung, das Bundesprogramm »Bürgerarbeit« und das Landesprogramm »Arbeit für Brandenburg«, gegebenenfalls in Kombination, zu nutzen, wird gefragt. »Wie viele Stellen in welchen Tätigkeitsfeldern«, so eine weitere Frage, »beabsichtigt die Stadtverwaltung als kommunaler Arbeitgeber die beiden arbeitsmarktpolitische Instrumente jeweils zum Einsatz zu bringen?« Und: »Ist eine Vergütung nach dem Tarifvertrag Öffentlicher Dienst(TVöD) vorgesehen und die Mitbestimmung des Personalrates gewährleistet?« Schließlich interessiert sich die Fraktion dafür, in welcher Form die Stadtverwaltung »bei der Erarbeitung des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogrammes 2011 des Jobcenter Barnim eingebunden« ist.

Sozialraumkonferenz vorgeschlagen

Eberswalde (bbp). Das Brandenburgische Viertel in Eberswalde gilt als »Ortsteil mit sozialen Herausforderungen«. Ortsvorsteher Carsten Zinn hat in Absprache mit den zuständigen Stellen in der Kreisverwaltung nun vorgeschlagen, gemeinsam mit allen im Ortsteil agierenden Akteuren der vor- und nachsorgenden Sozialarbeit eine Sozialraumkonferenz durchzuführen. Beim neuen Geschäftsführer des Jobcenter Barnim, Michael Mader, stieß die Idee auf offene Ohren. Wichtig, so Zinn, sei derzeit u.a. die Überführung der Kleiderkammer im Vereinshaus an der Havellandstraße 15 in eine stabile Trägerschaft, das Finden sinnvoller Maßnahmen zur Eindämmung sozialer Verwerfungen und Konflikte auf dem Potsdamer Platz und in der Brandenburger Allee, die langfristi-

ge Absicherung des Projektes »Frühstück muß sein« in der Grundschule Schwärzensee sowie die Verstärkung von Projekten, die im Rahmen des Programmes »Soziale Stadt« entstanden und deren Förderperiode demnächst endet. Bei letzteren sind dringend Anschlußprojekte gefragt, wobei es sehr begrüßenswert sei, das potentielle ProjektteilnehmerInnen (Langzeitarbeitslose) in existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse der öffentlichen Beschäftigungsförderung (Bürgerarbeit, Arbeit für Brandenburg) vermittelt werden sollen.

Niederschwellige Maßnahmen (Ein-Euro Jobs) in der Sozialarbeit werden in der Projektarbeit zukünftig nicht mehr vorrangig sein. »Und das ist auch gut so!!!«, meint Ortsvorsteher Carsten Zinn.

Stadtlauf 2011 für einen Bolzplatz?

Eberswalde (prest-ew). Am 25. Januar trafen sich die Hortkinder der Kita »Pustelblume« mit René Hoffmann vom Netzwerk »Partner für Gesundheit«. Sie haben einen ganz besonderen Wunsch: die Modernisierung des Bolzplatzes der Kita. Deshalb haben sie einen Projektan-

trag formuliert, den sie als erste Bewerber um die Startgelder des Stadtlaufes 2011 an René Hoffmann überreichten. Der 5. Eberswalder Stadtlauf findet übrigens am 4. September 2011 statt. Weitere Infos/Anmeldung dazu unter: www.barnimpilot.de.

Gerichtsverfahren gegen Nazis

Eberswalde (bbp). Am 28. September 2007 setzten junge Rechtsextremisten aus Eberswalde und dem Barnim den Asia-Imbiß von Herrn Thanh im Eberswalder Leibnizviertel in Brand. Der Innenraum wurde komplett zerstört. Die wirtschaftliche Existenz der Familie Thanh war zerstört. Ende November 2007 wurden die Täter gefaßt. Ihnen wird über den Brandanschlag hinaus vorgeworfen, im Sommer 2007 Hakenkreuze in der Stadt geschmiert und Rudolf-Heß-Aufkleber plakatiert zu haben. Dabei war die Gruppe mit Schlagringen und Teleskopschlagstöcken bewaffnet unterwegs.

Mehr als drei Jahre danach kam es am 31. Januar 2011 im Eberswalder Amtsgericht zum Prozeß. Sechs Nazis saßen auf der Anklagebank, darunter eine Frau. Sandra B., Stefan G., Markus F., Stefan L. und Dennis G. kommen aus Eberswalde, Kai K. aus Wiesenau. Zum Tatzeitpunkt waren sie jünger als 21 und unterliegen deshalb dem Jugendstrafrecht. Bis auf einen, der eine Lehre in Finowfurt macht, gaben alle an, derzeit an der Wiederholung des Abschlusses der 9. oder 10. Klasse zu arbeiten.

Im Sommer 2007 hingen die Täter regelmäßig in ihrem Treffpunkt, einer Wohnung in

der Grabowstraße ab. Damals gab es auch schon Anwohnerbeschwerden und Aussagen von Nachbarn, die bedroht worden waren.

Die Beschuldigten waren geständig (schmierten von Hakenkreuzen bzw. Zeichen einer »Kameradschaft Berlin Brandenburg« in Eberswalde) und das Verfahren wurde eingestellt. In einem vorherigen Prozeß zum Brandanschlag auf den Asia-Imbiß waren die Beklagten zu Bewährungsstrafen verurteilt worden.

Der beim Brand entstandene Schaden wird von den Tätern wohl nicht beglichen werden müssen, zivilrechtlich ist die Durchsetzung von Zahlungen sehr schwer und mit zusätzlichen finanziellen Belastungen für die Opfer versehen. Und ob die mittellosen Nazis jemals zahlen würden, steht ohnehin in den Sternen.

Damit deren Ziel, Ausländer einzuschüchtern und zu vertreiben, nicht Wirklichkeit wird, sammelten die Bürgerstiftung Barnim Uckermark, die Barnimer Kampagne Light me Amadeu, der Verein Opferperspektive und die Amadeu Antonio Stiftung mit dem Opferfonds CURA insgesamt 4.335 Euro und der Asia-Imbiß konnte wieder eröffnen. Mehr Infos unter www.opferfonds-cura.de.

Gedenktage im Januar:

Die Schuld der Deutschen

»Dem Karl Liebknecht haben wir's geschwo-ren...«, so klingt es jedes Jahr im Januar, wenn zehntausende Menschen, unter ihnen viele Sozialisten und Kommunisten, nach Friedrichsfelde ziehen. Die Morde vom Januar 1919 führten Deutschland geradewegs in die Katastrophe des »Dritten Reiches«. Wenn am 27. Januar an die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz erinnert wird, darf dieser Zusammenhang nicht vergessen werden.

Es waren vor allem Kommunisten, die in den KZ, wo die Eingespernten systematisch verhungerten, erfroren, wo sie erschossen, erschlagen oder vergast wurden, zum Durchhalten ermutigten und die Hoffnung hochhielten, daß der Tag der Freiheit und Brüderlichkeit kommen

werde. Die Befreier von Auschwitz kamen mit einem roten Stern am Hut. Die Rote Armee, unter dem Befehl Stalins, kam weit aus dem Osten und befreite dieses erbärmliche von Deutschen erdachte und ausgeklügelte Vernichtungslager. Es waren nicht nur die SS und Wehrmachtuniformierten, die Menschen erschossen, erschlugen und in die Gaskammern trieben. Die deutsche Industrie, wie die IG Farben, lieferte das Giftgas. Das deutsche Kapital lieferte die materielle Gewalt für eine Ideologie, die ganze Völker auf barbarische Art und Weise ausrotten wollte.

Es ist erschreckend, wieviel Kriegsproduktion es heute in Deutschland wieder gibt. In Jalta und Potsdam war ausdrücklich festgelegt worden, auf deutschem Boden keine Kriegsproduktion zuzulassen. Doch die Hoffnung lebt, daß die Menschen in Deutschland und Europa eines Tages frei sein werden von kapitalistischer Unterdrückung, Ausbeutung und gemachten Kriegen.

Es darf sich auf keinen Fall ein 1. September 1939 und auch kein 1. August 1914 wiederholen. Dafür müssen die Menschen in Europa zusammenstehen und Solidarität üben, so wie es in vielen Ländern praktiziert wird. So wie im Januar, wenn die Massen spontan nach Friedrichsfelde ziehen, im Gedenken der ermordeten Sozialisten, und wenn am Monatsende der Toten im KZ Auschwitz und der anderen Konzentrationslager gedacht wird.

NORBERT GLASKE

Nazis als »Glücksfall«

Potsdam (gfp/bbp). Bei den führenden Militärs der faschistischen Wehrmacht habe es sich mehrheitlich um »ehrenhaft kämpfende Soldaten« gehandelt, heißt es in einer aktuellen Publikation des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr (MGFA). Dennoch seien sie nach dem II. Weltkrieg als »sogenannte NS-Verbrecher« gebrandmarkt worden. Die vormaligen Wehrmachtsoffiziere seien »militärfachlich hochbegabt« gewesen, weshalb sie für das MGFA als »Glücksfall« für die Bundeswehr gelten. Ihre Reaktivierung für den Aufbau der Bundeswehr und die Remilitarisierung Westdeutschlands wird als notwendige Reaktion auf die »bedrohliche Ausrichtung« des sozialistischen Machtblocks bezeichnet. Nur die Existenz von Streitkräften habe die »staatliche Souveränität« der Bundesrepublik sicherstellen können, schreibt das MGFA. Der geringe »Wehrwillen« der westdeutschen Bevölkerung machte den »Neuaufbau ohne die Soldaten der Wehrmacht unmöglich«, heißt es. Ohne Armee wäre letztlich auch »der Weg zu einer gleichberechtigten Position im westlichen Bündnis ... versperrt« gewesen, schreibt die Militäreinrichtung weiter. Entsprechend erscheint die »Ausstattung der Bundeswehr mit Mehrzweckwaffen für konventionelle und nukleare Munition« als folgerichtig und unabdingbar.

Helmut R. Hammerich/Rudolf J. Schlaffer/Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): Militärische Aufbaugenerationen der Bundeswehr 1955 bis 1970. Ausgewählte Biographien. Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland Bd. 10. R. Oldenbourg Verlag: München 2011 www.german-foreign-policy.com

Naziaufmarsch in Dresden:

Das soll Geschichte werden

Wir halten an unserem erklärten Ziel fest, Europas größten Naziaufmarsch endgültig Geschichte werden zu lassen, und rufen für den 19.2 bundesweit zur Verhinderung des Naziaufmarschs mittels Massenblockaden auf. Es hat sich abgezeichnet, daß die Nazis an diesem Tag ihr zentrales Event veranstalten wollen, was es für uns auf jeden Fall zu verhindern gilt! Mobilisiert und organisiert die Busse also für diesen Termin.

Für den 13. Februar mobilisieren die Nazis regional zu einem Fackelmarsch nach Dresden. Dieses Ereignis soll nicht unkommentiert geschehen. Das Bündnis ruft vor allem die Dresdnerinnen und Dresdner und alle Menschen in der Region dazu auf, sich mit öffentlichkeitswirksamen und vielfältigen Aktionen diesem entgegenzustellen.

Weitere Infos: dresden-nazifrei.com

KAJO TETZLAFF

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 18 05 / 22 10 40 973
eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de



Diese Verlängerung ist inzwischen erfolgt - mit großer Mehrheit, wie es heißt. Zu jener Mehrheit gehörten bündnisgrüne MdB nun nicht mehr. Macht der Frieden hierzulande Fortschritte? Wir wollen es hoffen.

Eine förmliche Absage an Fischers »Menschenrechts-Interventionismus« ist die Stellungnahme der Grünen natürlich nicht. Zur Gewinnung der SPD-Stimmen genügte es der Bundesregierung, ein paar vage Floskeln über Truppenabzugstermine zu äußern, die von Koalitionspolitikern flugs eingeschränkt und von den Militärs ins Reich der Träume verwiesen wurden. Aber Gabriel und Steinmeyer brauchten ja nur einen Vorwand, um den anspruchlosesten ihrer Wähler den weiteren Kriegseinsatz schmackhaft zu machen. Und so werden auch die Brandenburger SPD-Bundestagsabgeordneten wieder einmal die Hand gehoben haben. Gegenteiliges ist jedenfalls nicht bekannt.

Man kann zweifeln, was in Sachen Krieg und Frieden von der FDP zu erwarten ist. Kürzlich untersuchten zwei Wissenschaftler des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) in der Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft »Leviathan« das Stimmverhalten aller Landtagsfraktionen, allerdings am Beispiel der Kopftuchverbots-gesetze.¹ Danach folgten die Fraktionen von CDU und Grünen in allen Landtagen einheitlich ihrer eigenen - einander entgegengesetzten - Programmatik. SPD und FDP zeigten stark widersprüchliches Stimmverhalten. Unter Berücksichtigung ihres Status als Oppositions- oder Koalitionsparteien bezeichneten die Autoren die Strategie der beiden ersten als »Policy-Seeker« (etwa: programmorientiert), die FDP hingegen als »Office-Seeker« (ämter- und machtpolitisch orientiert). Sie folge ihrer liberalen Programmatik, solange keine Machtperspektive relevant sei. »Kamen aber Koalitionswänge ins Spiel, stach die Machtorientierung die Programmatik aus.« Was die Militärpolitik angeht, gibt es genügend liberales Spitzenpersonal mit enger Beziehung zu Bundeswehr und NATO.

Die LINKE kommt in der zitierten Analyse nicht vor. Alle Strömungen der Partei fordern das sofortige Ende des Afghanistaneinsatzes der Bundeswehr. Bezüglich der Bewertung sonstiger deutscher Militäreinsätze gibt es aber deutliche Differenzen. Im Januar 2011 fand - als Teil der Programmdebatte der LINKEN - in Berlin eine Podiumsveranstaltung statt (Moderator Prof. Gregor Schirmer, Völkerrechtler), Thema: »Für jeden Einzelfall eine neue Antwort?« Von den vier Diskutanten bilden Paul Schäfer (Köln) und Stefan Liebich (Berlin) im Bundestag ein Gespann. Im Auswärtigen Ausschuß ist Schäfer Stellvertreter Liebichs. Im Verteidigungsausschuß ist umgekehrt Schäfer reguläres Mitglied, Obmann und Sprecher, während Liebich ihn vertritt. Tobias Pflüger, MdB, Ex-MdEP und Friedensaktivist, hat, wie er sagte, keiner »K-Gruppe« angehört, sondern wegen des Jugoslawienkrieges die Grünen verlassen. Sarah Wagenknecht, Mitglied des Par-

Der Einzelfall

Parteien und Militäreinsätze

Im Dezember 2010 traf ich im Berliner Ostbahnhof eine Streife Bundespolizei mit MPi. Sie gehörte zur inneren Front des deutschen Afghanistaneinsatzes. Man kann wohl davon ausgehen, daß diese unsinnige Demonstration (auf Grund eines wahrscheinlich fingierten Terroralarms) nicht zufällig kurz vor der fälligen Verlängerung des Einsatzmandats für Afghanistan durch den Bundestag stattfand.

teivorstands, und Pflüger vertraten die Positionen des linken Partei-Flügels, Liebich (Berliner Landesvorsitzender) und Schäfer eher die des rechten, der mit dem Netzwerk FdS assoziiert wird. Der Werdegang der beiden ist höchst unterschiedlich. Liebich (*1972) hat nach Abitur (1991) und Studium (Betriebswirtschaft, bis 1995) ohne Berufspraxis eine reine Parteikarriere absolviert. Schäfer, der weitaus Erfahrenere, 1967 Kriegsdienstverweigerer, Studium von Politik und Soziologie (Mainz, Marburg), hat Tätigkeiten in der Hochschulverwaltung, der Redaktion von »Wissenschaft und Frieden« und als Mitarbeiter von Bundestagsabgeordneten hinter sich. Sein politischer Werdegang ist bemerkenswert: bis 1988 DKP-Mitglied, 1993/99 SPD (in dieser Zeit erst Mitarbeiter einer SPD-Bundestagsabgeordneten, dann von Gerhard Zwerenz), seit 2000 PDS, zeitweise NRW-Landessprecher und 2005 MdB für NRW.

Der PDS-Parteitag von Münster hatte seinerzeit - auch unter dem Eindruck der Jugoslawienkriege - die Zustimmung zu jeglichen Militäreinsätzen im Ausland abgelehnt (was Parteichef Bisky damals als großes Unglück ansah, man hatte ja die Rosinen vom Mitregieren im Kopf). Im gegenwärtigen Programmentwurf der LINKEN werden nur Kampfeinsätze nach Kap. VII UN-Charta abgelehnt. Das sahen alle in obiger Diskussionsrunde als Formelkompromiß an. Für Pflüger sind auch deutsche Blauhelme nach Kap. 6 nicht akzeptabel, zumal praktisch nicht mehr aktuell. Er möchte die Bundeswehr zur Verteidigung zurückführen und zuerst die kriegsfähigsten Teile, so die Einsatz- und Kommandozentralen, abrüsten. Auflösung der NATO ist (noch?) Konsens. Pflüger verlangt aber auch zivile und soziale Neugründung der EU. Unter Hinweis auf die SPD von 1914 und das Abgleiten der Grünen in den Krieg forderte Wagenknecht, »keine Türen zu öffnen«. Damit bringe sich die LINKE »um Kopf

und Kragen«. In der gegenwärtigen UNO gebe es ohnehin keine Chance für »sinnvolle« (d.h. friedenerhaltende) Einsätze.

Auch für Schäfer ist die LINKE eine »radikale Abrüstungspartei«. Aber in manchen Situationen sei Gewalt unvermeidlich (Kambodscha, Ruanda). Dann müsse das Gewaltmonopol der UNO greifen, sei die UNO-Charta »alternativlos« (Liebich: LINKE als Partei des Völkerrechts). Man müsse daher jeden einzelnen Krisenfall abwägen. Schäfer hat diese Position schon 1992 (damals offenbar in SPD-Nähe) sehr offensiv vertreten, siehe Artikel in der »Weltbühne« und meine Antwort darauf.²

Damals waren »Abstinenzler« für ihn naiv, antiquiert, führten uns nach Krähwinkel. Statt NATO oder EU müsse die UNO »Regie führen«. Auch heute fragt er nicht, wer dort seine Interessen durchsetzt, ob die Bundesrepublik zu neutraler Vermittlung fähig ist. Man könnte an die schlimme Rolle der Blauhelme im Kongo erinnern, an die einseitige Rolle der Bundesmarine vor der Libanonküste als quasi-Verbündete Israels, an die aggressive deutsche Politik zur Destabilisierung anderer Staaten (Zentralasienstrategie, Ukraine, neuerdings wieder Belorußland). Bei Schäfer und Liebich fehlte jede tiefere politische Analyse der Weltlage. Bei linken Außen- und Militärpolitikern verwundert das nicht nur, es beunruhigt auch. Schließlich hat es seit 1990 genügend »Einzelfälle« gegeben, um daraus Lehren zu ziehen.

ROLF RICHTER,

Bündnis für den Frieden Eberswalde

1 - Christian Henkes, Sascha Kneip: Von offener Neutralität zu (unintendiertem) Laizismus. Das Kopftuch zwischen demokratischem Mehrheitswillen und rechtsstaatlichen Schranken. In: Leviathan 38(4)2010, 589-610.

2 - Paul Schäfer, Blauhelme oder Tarnkappen? Wb 30/1992, 904); Rolf Richter, Brief an die Weltbühne. Wb 33/1992, 1019.

Deutsche Waffen zur Aufstandsbekämpfung

Die Menschen in der arabischen Welt begehren auf. In Tunesien ist der Diktator schon verjagt. In Ägypten, Jemen, Jordanien und anderen Ländern dauern die Proteste an. Die autoritären Regimes erfreuten sich jahrzehntelang der Unterstützung der »westlichen Welt«, einschließlich der BRD. Zahlreiche der technischen Repressionsmittel, wie sie bereits in Tunesien eingesetzt worden waren, stammen aus der BRD. Der deutsche Rüstungsexport nach Ägypten und in andere nordafrikanische

Staaten hat in den vergangenen Jahren stetig zugenommen und erreichte 2009 den Betrag von 77,5 Millionen Euro, darunter eine Lieferung von Maschinenpistolen vom Typ MP5 aus der Entwicklung des deutschen Produzenten Heckler und Koch an Ägypten, die auch bei der Bekämpfung der aktuellen Proteste zum Einsatz kamen. Unterdessen steht die im Mittelmehr operierende US-Flotte zum Eingreifen gegen weitere Erhebungen bereit.

www.german-Foreign-Policy.com

Aus Neujahrsempfang wird Frühlingsempfang

Eberswalde (bbp). Am 18. März 2011 lädt Bürgermeister Friedhelm Boginski gemeinsam mit Tierpark-Direktor Dr. Bernd Hensch alle Eberswalderinnen und Eberswalder sowie Gäste der Stadt zum Frühlingserwachen in den Eberswalder Tierpark ein.

»Ich freue mich darauf, Sie zum Frühlingsempfang im attraktiven Umfeld des Zoos zu begrüßen«, sagt Bürgermeister Boginski. »In schöner Atmosphäre werden wir miteinander ins Gespräch kommen und das Erwachen der Natur an diesem besonderen Ort erleben.«

Der diesjährige Neujahrsempfang, ursprünglich für den 14. Januar geplant, war aufgrund des tragischen Kita-Unfalls abgesagt worden. Der Stadtverordnete der LINKEN Carsten Zinn hatte das in einer Anfrage kritisiert und vorgeschlagen, statt den Empfang für die Einwohnerinnen und Einwohner abzusagen, ihn »in Abstimmung mit der Stadtverordnetenversammlung auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben« (BBP 17/2011).



Bald erwacht der Frühling. Der Eberswalder Bürgermeister will ihn am 18. März begrüßen.

Eine Antwort auf Zinns Fragen hatte Bürgermeister Friedhelm Boginski auf der Stadtverordnetenversammlung am 27. Januar verweigert. Auch eine Abstimmung mit den Stadtverordneten hat es nicht gegeben. Aber Boginski griff den Vorschlag von Carsten Zinn auf.

Höhere Diäten im Kreistag

Der Kreisausschuß hat am 31. Januar die Entschädigungssatzung für ehrenamtliche Mitglieder des Kreistages Barnim und seiner Ausschüsse beschlossen. Es ist davon auszugehen, daß sie damit auch mehrheitlich den nächsten Kreistag problemlos passieren wird.

Ende Januar erst haben die Eberswalder Stadtverordneten die Grund- und Gewerbesteuer erhöht. Nun verabreichen sich die Kreistagsabgeordneten eine exorbitant höhere Aufwandsentschädigung.

Wenngleich die kommunale Politik Eberswaldes und die des Landkreises Barnim nur mittelbar miteinander zu tun haben, werden diese »feinen« Unterschiede von den Bürgern sicherlich nicht so wahrgenommen. Deshalb wäre den Bürgern nicht zu verdenken, wenn sie hieraus den Schluß ziehen: »Die da oben bedienen sich selbst und wir müssen wieder bluten.«

Die regionale Politik sendet hier ein ganz negatives Signal der Selbstbedienungsmentalität aus und gibt Vorschub für weitere Politikverdrossenheit. Über zukünftig noch niedrigere Wahlbeteiligungen brauchen wir uns dann nicht zu wundern.

Höhere Aufwandsentschädigungen sind weder schlüssig begründbar noch zu vermitteln, denn Belastungen durch höhere Fahrtkosten betreffen nicht ausnahmslos Kreistagsabgeordnete, sondern die gesamte Bevölkerung, insbesondere diejenigen, die tagtäglich als Berufspendler unterwegs sind.

Ich möchte kundtun, daß ich mich von einer solchen Politik aufs Schärfste distanziere!

Dr. ANDREAS STEINER

Siehe auch: www.bar-blog.de/2011/01/29/ungerechtfertigt-verantwortungslos-und-den-buergern-nicht-zu-vermitteln-barnimer-kreistagsabgeordnete-moechten-sich-hoehere-aufwandsentschaedigungen-verabreichen/

Nun gemeinsam im Brandenburgischen Viertel

Jugendklub »Club am Wald –Juki Treff«

Eberswalde (prest-ew/bbp). Am 19. Januar eröffnete der »Club am Wald –Juki-Treff« im Brandenburgischen Viertel seine Türen mit attraktiven Angeboten. Nach Renovierungsarbeiten im Computerkabinett wurden u.a. neue Computer angeschafft. Hier können Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene am Computer spielen (altersgerecht), Bewerbungen schreiben (nach Bedarf mit Unterstützung), Lehrstellen suchen und mit anderen Leuten im Internet kommunizieren. Auch im Bereich zum »Abhüllen« wurden Neuanschaffungen getätigt. Hier können die Kinder und Jugendlichen den Alltagsstreß von Schule bzw. Ausbildung vergessen. Die Einrichtung wird täglich

von ca. 30 bis 40 Kindern und Jugendlichen besucht, die Tendenz ist steigend.

Angebote in der Einrichtung: Fußballkicker, Billard, Tischspiele (Karten, Brettspiele usw.), WII-Spiele, Kreativangebote nach Bedarf, Angebot und Nachfrage, Durchführung von Projekten in Zusammenarbeit mit anderen Jugendträgern, Angebote bei der Erledigung von Hausaufgaben, Computerkabinett: Unterstützung bei Bewerbungen und Lehrstellensuche sowie PC-Spiele (altersgerecht), Angebote vom Verein »Young Rebels«. Angebote Außenanlage: Fußball, Basketball, Beach- und Volleyball, BMX- und Skateranlage, BMX-Fahrräder und Skateboard können ausgeliehen werden, Fahrradwerkstatt (Selbsthilfe oder mit Unterstützung). Öffnungszeiten: Montag – Freitag 13-20 Uhr, Samstag 14-20 Uhr.

Bildungsveranstaltung

Im vergangenen Jahr belegte Brandenburg erneut einen der hinteren Plätze bei einer bundesweiten Bildungsstudie. Dieses Ergebnis wirft viele Fragen auf. Um Antworten auf die eine oder andere Frage zu finden, lädt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zu der Veranstaltung »Schule 2.0 - Gibt es einen Fortschritt in der Bildungspolitik in Brandenburg?« am 10. Februar 2011 in Eberswalde ein. Sie sind herzlich dazu eingeladen. GREGOR BEYER

Fahrstuhl kostet 145.000

Eberswalde (bbp). »Der Einbau eines Fahrstuhls kostet im Durchschnitt 145.000 Euro«, lautet die Antwort des Eberswalder Verwaltungsdezernenten Bellay Gatzlaff auf die Einwohnerfrage nach den Kosten für den Einbau von Fahrstühlen in Objekten der städtischen Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG), die der Finower Bernd Pomraenke im Dezember gestellt hatte. Von diesen Kosten würden durchschnittlich ein Drittel durch Fördermittel und zwei Drittel durch WHG-Eigenmittel oder Darlehen finanziert.

KULTURBAHNHOF FINOW – eine gute Adresse!

Clara-Zetkin-Preis

Mit dem von ihr ausgelobten Clara-Zetkin-Preis will die Partei DIE LINKE herausragende Leistungen von Frauen in Gesellschaft und Politik würdigen. Die Auszeichnung soll eine Einzelperson oder Vertreterin einer Frauenorganisation ehren, die durch ihren persönlichen Einsatz die Lebensbedingungen von Frauen verbessert oder die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft gefördert hat.

Ausgezeichnet wird ein aktuelles Projekt oder eine Initiative einer Frau. Anlässlich des 100. Jahrestages des Internationalen Frauentages wird in diesem Jahr einmalig auch das Lebenswerk einer Frau geehrt. Es können sich Frauen oder Projekte mit mindestens 50 Prozent Frauenanteil selbst bewerben oder von anderen vorgeschlagen werden, die im Sinne folgender Inhalte und Kriterien wirken:

- Engagement/Arbeit für Frauen oder für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft, hier auch besonders in Politik, Wissenschaft, Kultur und Kunst,
- Frauen, die mit ihrem kulturellen oder künstlerischen Schaffen eine solidarische und gerechtere Gesellschaft befördern sowie anderen Frauen als Vorbild dienen.

Die Bewerbungsfrist für Preisträgerinnen läuft bis zum 20. Februar 2011. Der Preis ist mit je 3.000 Euro dotiert. Die Verleihung des Clara-Zetkin-Frauenpreises findet am 12. März im Palais der Kulturbrauerei in Berlin statt. Weitere Informationen zur Auslobung, die Teilnahmebedingungen, das Antragsformular und Hintergründe zu Clara Zetkin findet man unter www.die-linke.de.

Transformationsstrategie

Die teilweise hilflose Diskussion über »Wege zum Kommunismus« beweist einmal mehr die Notwendigkeit sich mit den Fragen von Transformationsstrategien hin zu einer Alternative zum Kapitalismus gründlicher auseinander zu setzen, die im Hier und Heute ansetzen und zugleich Türen für sozialistische Perspektiven aufstoßen. Gelegenheit dazu wird ein Konferenz bei der Hellen Panke – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin am 26.2.2011 bieten:

Reformalternative(n) heute - Kernelemente und Transformationsperspektive progressiver Reformpolitik in der BRD

Die Konferenz fragt nach der Aktualität eines Konzeptes von Jörg Huffschmid, das dieser Ende der achtziger Jahre entwickelt hatte: Im Kern geht es dabei um folgende Fragestellungen: Welche mittelfristig angelegten Reformprojekte sollte die Linke heute auf die Tagesordnung setzen? Wie können diese mit einer Transformationsperspektive hin zu einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts verbunden werden?

ANDREAS HALLBAUER

Psychiater gegen Kritiker

Seit Januar 2011 gibt es die »Neue Spartakusgruppe«, eine Bürgerinitiative gegen staatliche Willkür und Rechtsmißbrauch in der BRD. Beispiele dafür gibt es genug. Es sei nur an das verbrecherische Vorgehen gegen Eberhard Paul erinnert, das vor einem Jahr mit dessen Tode endete (BBP 12/2010). Ich selbst kann auf 1.800 DIN A4-Seiten verweisen, in denen die Angriffe gegen meine Person dokumentiert sind. Die »Neue Spartakusgruppe« widmet sich dem Ziel, betroffenen Bürgern und Interessenten zu helfen, sich gegen verbrecherische Angriffe der Staatsgewalt (Staatsanwälte, Richter, Polizei und Behörden) zu wehren und dabei auch nicht vor dem Gang zum EU-Gerichtshof für Menschenrechte zurückzuschrecken. Unsere Gruppe kann dabei auf die Hilfe eines renommierten polnischen Anwaltsbüro zurückgreifen, das sich nicht vom BRD-Staat unter Druck setzen läßt.

Inzwischen werde ich auf neue Weise angegriffen, um mich mundtot zu machen und meine Aktivitäten zu stoppen. Im Schriftverkehr mit Staatsanwaltschaft und Richter soll ich angeblich Beleidigungen geäußert haben. Gegen diese Beschuldigungen habe ich in drei Fällen Anzeige erstattet (§ 164 StGB, Falsche Verdächtigung). Nun ist vom Amtsgericht Eberswalde ein Auftrag an einen Psychiater aus Bernau ergangen, der mich ärztlich untersuchen soll, um eine Empfehlung hinsichtlich meiner Schuldfähigkeit (gem. §§ 20, 21 StGB) abzugeben. Mit dem Verweis auf eine angebliche Geisteskrankheit könnten alle meine Aktivitäten seit 1995 für null und nichtig erklärt werden.

K. BLÄTTERMANN

Das ging los, ging nach hinten los...

Gesine Löttsch hätte sagen können: »Ich habe bewußt provoziert.« Oder: »Das war ein grober Bißgriff in meiner Wortwahl.« Oder: »Was ich meinte, hat mit dem, was Stalin, Pol Pot oder Nordkorea als Kommunismus bezeichnen, nichts zu tun.« Sie hätte auch sagen können (und müssen): »Meine Partei lehnt Terror – auch gegen Sachen – ab, mit der RAF verbindet uns nichts.« Und es hätte sie nichts gekostet, außer eine nachfühlbare Selbstüberwindung, sich für den Moment mit der gewesenen Bürgerrechtlerin Wollenberg zu solidarisieren, der ein Extremlinker (oder ein Auftragsprovokateur?) in den Bauch schlug vor laufender Kamera. Das war, als Stalinismusopfer vor dem Saal protestierten, in dem die »Kommunismuskonferenz« (ARD) tagte.

Das alles hat die Vorsitzende der Linken vermieden. Stattdessen umherrudernde, unscharfe und linkische Erklärungen. Mehr und mehr Wasser auf die Mühlen der bürgerlichen Kampfpresse, auf die des Gossenblattes BILD, auf die des Rotenfressers Hubertus Knabe. Dem ersten Eigentor folgten zweite und dritte Treffer. Selten wurden dem politischen Gegner so viele Steilvorlagen geliefert, um mit der Linken robuster umzugehen. In der Kampagne wurde alles mit abserviert, was die Partei an Konstruktivem, Identifizierungswürdigem, an Vorschlägen – viele davon kupfernten die SPD und die Grünen als auf ihrem Mist gewachsen ab – an Alternativen und Perspektiven in die politische Debatte eingebracht hat.

Nicht besser verhielt sich Oskar Lafontaine, der bei Anne Will all sein rhetorisches Können einsetzte, um einen Nebel aus schönen Worten wallen zu lassen, wässernde Luft. Kam die Fage nach dem »Kommunismus« und dessen Verbrechen, konterte er mit der Kirche und deren blutiger Geschichte. Keine Antwort, nur Agitation. »Mögen andere von ihrer Schande sprechen, ich spreche von der meinen...« Den Brecht hatte Oskar jedenfalls nicht intus. Daß Brüderle von der Splitterpartei FDP noch miserabler aussah und auf seine Weise der Linken zudiskutierte – wenn eine solche Type gegen sie ist, muß an ihr was dran sein –, macht des Saarländers Geschwafel nicht besser. Ehrenrettung für die Linken kam von einem Kölner Professor, der – überzeugend durch Zahlen und Fakten zu Reichtum und Armut im Lande – auf die Notwendigkeit einer demokratisch-sozialistischen Alternative zum herrschenden System verwies, und von einer jungen Filmemacherin, die auf die fehlenden Perspektiven für

junge Leute aufmerksam machte und in linken Entwürfen die einzige Möglichkeit sah, soziale Kälte und politische Ignoranz zu überwinden.

Man mag es drehen und wenden, wie man will, mit der Idee, Wege zum Kommunismus auszuprobieren, verschreckt man nicht nur die Leute (das fatale Gerede der Vorsitzenden wird bei den überall anstehenden Landtagswahlen die Partei viele, viele Stimmen kosten). Der »betreffende« Satz enthält nämlich, hört man genauer hin, den bösen Nebensinn, Menschen zum Objekt von gesellschaftlichen Experimenten zu machen. Wer möchte schon seine Lebenszeit als Probierekarnickel verbringen?

Andererseits – wer möchte sein Leben lang von Stütze leben müssen? Keiner. Wer muckt auf, wer wehrt sich? Ein paar wackere Aufrechter, die, zählbar wie die Musiker einer Heilsarmeekapelle, unabbringbar an ihren Montagsdemos festhalten. Das ist aller Ehren wert, hat aber die große Entsolidarisierung bisher nicht behindert.

Überlegte Bemerkungen der zitierten Art mögen ein paar Sektierer begrüßen, zur Gewinnung von Mehrheiten taugen sie nicht. Der »Kommunismus«-Begriff ist, wie die weltweit bisher »ausprobieren« Realisierungen und durch sie, nicht einmal mehr als große Utopie denkbar – er ist zum Gespenst geworden auch für die, die er erlösen wollte. Daran haben zwar auch die Reaktionäre aller Länder und deren Medien schuld, aber zuvörderst jene »Kommunisten«, die durch den Mißbrauch der Idee, durch Terror, Phrasen, Lüge und Machtgenuß der anderen Seite reichlich zuarbeiteten. So konnte die eigene Schuftigkeiten ständig relativieren. Das muß auch Gesine Löttsch gewußt haben.

Wann, so ist zu fragen, wird die Linkspartei endlich aufhören, sich selbst immer wieder zu lädieren? Mal keine sinnlosen Streitigkeiten um »Kaderfragen«, mal keine neue IM-Enttarnung irgendeines Abgeordneten, mal kein kontraproduktives Gerede. Dies auch, um Gregor Gysi, der genügend anderes zu tun hat, von der unangenehmen Nebenfunktion zu entlasten, in solchen Fällen die Dinge wieder ins Lot zu bringen und Klartext zu reden.

Es gibt einen riesigen Änderungsbedarf in der deutschen Gegenwart. Die Herrschenden reformieren mit verschiedenerlei Rezepten, aber die Suppe, die wir zu löffeln kriegen, schmeckt immer gleich. Da muß roter Pfeffer dran, nicht Traum- und Schaumkraut.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Petition gegen Massentierhaltung

In Wietze (Niedersachsen) ist ein Mega-Schlachthof geplant, für den 400 neue Hähnchenmästereien mit je 40.000 Tieren gebaut werden sollen. Das ist Gigantismus pur und hat mit nachhaltiger Landwirtschaft nichts mehr zu tun.

Deshalb bitte ich alle, die auch gegen eine solche Massentierhaltung sind, diese Petition auf der Internetseite www.gegen-massentierhaltung.de zu unterschreiben. Wir brauchen möglichst viele Unterschriften.

KARL-DIETRICH LAFFIN

Behindertenpolitik mit Rückschritten

Bernau (de). Drohende Rückschritte in der Behindertenpolitik beklagt die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) anlässlich der Eröffnung des Treffens der »Karawane 2000« in Bernau. So habe die Bundesregierung bisher nicht – obwohl die UN-Konvention über die Rechte Behinderter seit März 2009 in der Bundesrepublik gültig ist – den dazu geforderten Aktionsplan vorgelegt. Auch wolle die Bundesregierung im Zuge der Hartz-IV-Reform das ohnehin zu geringe Einkommen für nichterwerbstätige behinderte Erwachsene um ein Fünftel oder 70 Euro kürzen, wenn diese bei den Eltern oder in einer Wohngemeinschaft leben. Das sei eine klare Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes. Die Kürzung werde selbst vom Beauftragten der Bundesregierung

für die Belange der Behinderten abgelehnt. Aber auch diese massive Kritik führe bisher zu keinem Einlenken bei den Regierungsparteien. »Zwischen den Sonntagsreden über die Belange Behinderter und der tatsächlichen Politik liegt oft ein tiefer Graben«, kritisierte Enkelmann in ihrer Eröffnungsrede, die sie als Brandenburger Schirmherrin der »Karawane 2000« hielt.

Bei der hochkarätig besetzten Konferenz vom 2. bis 6. Februar in Bernau beschäftigten sich Teilnehmer aus elf Ländern Europas in Vorträgen, Foren und Workshops mit der rechtlichen und sozialen Lage Behinderter, mit ihrer Förderung und den Möglichkeiten, ihr Leben selbstbestimmt zu führen. Dazu gehörten auch ein »Worldcafe« und ein Treffen mit der Berliner Theatergruppe »RambaZamba«.

Neues von...

Kachelmann (Allwetterkundler) und der Zeugin X

Unerheblich ist, ob Kachelmann für den außerplanmäßigen Wintereinbruch zuständig ist oder nicht, er ist auch so übel dran. Mag er nun, ergötzliche Vorstellung, den Paarungsakt in Ketten bevorzugt haben oder, was näher läge, die eidgenössische Variante des Aufhüpfers. Keinen geht das was an, obwohl es gern gelesen wird. Mit dem langdauernd verhandelten Vorwurf der Notzucht hat es jedenfalls nichts zu tun. Schon Friedrich Engels, der gern in dieser oder jener Dame spazieren ging, hinterließ der pruden Nachwelt, zu der auch die DDR samt dem an Pornofilmen nicht uninteressierten E.H. gehörte, den Satz: »Was Liebende miteinander tun und treiben, hat keinen zu interessieren...« Der Mann hatte keine Ahnung von BILD und der BUNTEN! Die das alles – aber nur i.A. ihrer Leserschaft interessiert, versteht sich.

Nun ist im Kachelmann-Prozeß, der den Schnüffelzeitungen zu permanenten Höchstauflagen verhilft, eine Zeugin aufgetreten worden, die durch ihre Aussagen bestätigt, was deutsche Biedereroten und Ruckzuckbeischläfer schon immer wußten. Wer anal oder oral oder juchzend oder sich ineinander verbeißend oder bei Licht oder in Lederwäsche koitiert, ist ein Schwein und als solches, sofern Eber, auch einer, der mit Messer und erregtem Piephahn auf Frauen losgeht.

Die Zeugnis-Dame hatte, zum Schutz ihrer Intimsphäre und weil ihr alles so schreckfurchterlich peinlich war, um Ausschluß der Öffentlichkeit gebeten. Der Herzenswunsch wurde ihr erfüllt. Da aber hatte sie den Exklusivvertrag mit der BUNTEN schon in ihrem Schlenkertäschchen. Einige hunderttausend Teuro wert.* Und, wer die BUNTE sich zumutet, konnte lesen, was die paar detailgeilen Prozeßbesucher nicht hören durften. Die Chefin dieser Heuchel-Illu ist, nebenher vermerkt, mit einem gewissen Herrn Markwort verbandelt, der als FOCUS-Boß gern den »seriösen« Konservativen gibt.**

Sollte die »Gegenseite« noch ein paar Ex-Geliebte des Wetterfrosches aufbieten mit gleicher unverschämter Haderlumpigkeit, spräche das zwar gegen Kachelmanns Klarsicht in der Partnerinnenwahl, aber für einen Freispruch. Ob sich dann ein milder, heißer oder kühler Frühling einstellen wird, bleibt abzuwarten.

Dr. STEFFEN PELTSCH

* Der »Barnimer Bürgerpost« kommt die »Ehre« zu, der Zeugin X zu Beginn ihrer Medienkarriere zur Seite gestanden zu haben. Die damalige Studentin an der Fachhochschule Eberswalde kletterte einst auf Alleebäumen herum und schaffte es damit im Januar 2007 auf das Titelfoto unserer Zeitung. Eine Teilhabe an künftigen Tantiemen und Honoraren war damals leider nicht vereinbart worden. Der Vollständigkeit halber sollen auch damalige Aussagen von Mitstudenten nicht unerwähnt bleiben, nach denen die Dame sich ihre guten Studienleistungen in den Lotterbetten der zuständigen Professoren bestätigen ließ. Damals sind diese Behauptungen als ungläubwürdig zurückgewiesen worden. (bbp)



** Helmut Markwort zog sich im Herbst 2010 als Chefredakteur zurück, bleibt aber weiterhin als Herausgeber für den FOCUS verantwortlich. Darüber hinaus ist er seit Juni 2002 Aufsichtsratsvorsitzender der Playboy Deutschland Publishing GmbH, die den deutschen »Playboy« herausgibt. (bbp)

Vorfreude auf den Papst

»Deutschland freut sich auf den Papst« – so titelte um die Weihnachtszeit eine vor allem in den neuen Bundesländern bekannte und auch »bunte Zeitung« in großen Lettern und, sicher um den Wiedererkennungseffekt des Papstes beim bevorstehenden Besuch zu erhöhen, auch gleich mit einem ganzseitigen Foto, gewandt in eine der sattsam bekannten Soutanen, mit Stola und Kappe. Heißen diese die wechselnden und operettenhaft wirkenden Beleidigungsstücke auch so? Ich weiß es nicht und Recherchen hierzu wären mir die Sache nicht wert. Immerhin, so hört man, verfügt er über ein ganzes Gewandhaus (Gott sei Dank! – darf ich das überhaupt sagen –, nicht über unser Leipziger), natürlich mit allen Personal dazu.

Doch darum geht es nicht und Benedikt hat bestimmt auch nicht den rheinischen Schreiber veranlaßt, schon jetzt für und über ihn Choräle anzustimmen. Jedenfalls kommt »er« und ihm wird hohe Ehre zu teil, im Bundestag reden und vielleicht auch predigen zu dürfen, um die Gottlosen zu bekehren. Auch Erfurt steht auf seinem Besuchsprogramm, also ostdeutsche Lande. Nun, dort in der Nähe gibt es wenigstens noch das katholische Eichsfeld, dagegen sieht es in Berlin und Brandenburg trübe aus.

Laut EKD-Statistik sind in Ostdeutschland nur noch 25 Prozent in einer christlichen Glaubensgemeinschaft. Brandenburgs Christen erreichen nicht mal diese Zahl und sind noch dazu in der großen Mehrheit Anhänger unseres Wittenbergers.

Also Martinus in allen Ehren und auch der Programmwurf der Linken hebt »das Recht aller Religionsgemeinschaften auf freie Religionsausübung«, bei gleichzeitigen Betonung der Geltung der »Grundrechte auch in den Kirchen und Religionsgemeinschaften und in deren Einrichtungen«, hervor.

Doch in dieser Hinsicht sind bei dem zu erwartenden Besucher mehr als Zweifel angebracht. Was können nun die Linke, ihre Sympathisanten, die Atheisten, aber auch die Lutheraner zu diesem Besuch beitragen, wenn sie ihn schon nicht verhindern können.

Vielleicht sollten wir vorschlagen, Benedikt in den Barnim einzuladen. Denkbar gut geeignet hierfür wären sicherlich die »Gespräche am Kamin« in Wildau, auch als Ersatz für das ausgefallene Gespräch mit Frau Steinbach, oder auch gemeinsam? Er könnte hier auch auf geschichtsträchtigen Parkett wandeln, z.B. Ankunft auf den Kaiserbahnhof und vieles mehr wäre noch zu bieten. Wenn dabei sein missionarischer Erfolg auch bescheiden ausfallen würde, aber seine Aufenthaltsorte könnten zu wahren touristischen Wallfahrtsorten entwickelt werden. Doch wie so oft bei Gedanken und Plaudereien am Kamin, möchte ich mit unserem ehrenwerten Goethe enden: »Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.«

GÜNTER VOGLER

Computerglück – auch Senioren können's noch erleben

Im Jahr 2010 haben die Deutschen so viele Computer gekauft wie noch nie zuvor in einem Jahr. Auch ich habe mir einen geleistet, zwar *second hand*, aber dafür war schön viel Software mit dabei.

Lange habe ich überlegt, ob es nun ein *Notebook* oder ein stationäres Teil sein soll oder gar – ganz modern – ein *Ipad*, die sollen ja sooo viel können! Weil die Gelegenheit günstig war, habe ich mich dann doch für den Klassiker entschieden mit separatem *Keyboard* und externer *mouse*, alles noch nicht *wireless*. Nun kann ich richtig *lossurfen*, denn mein *Desktop* hält eine Menge *Icons* für mich bereit und ich stehe wieder mitten im Leben. Ein kleines Problem war noch der *Webbrowser*, aber im Dialog mit meinem *Server* und meinem *Administrator* habe ich mich dann für *Firefox* entschieden, obwohl ich mit dem *Internetexplorer* eigentlich immer ganz zufrieden gewesen bin. Meine *E-mails* schicke ich mit einem *Thunderbird*, also Donnervogel, weil ja die Zeit der Brieftauben nun vorbei ist.

Wenn mir jemand jetzt Bilder oder gar ein Video schickt dann kann ich mir die mit meinem *Photo snap viewer* und mit meinem *Media player* ansehen, wobei die Auswahl zwischen den *Viewern* und *Playern* scheinbar unbegrenzt ist. Mein *Explorer* gestattet mir, mit *Drag & Drop* meine Dateien ganz nach Bedarf zu importieren, zu exportieren und zu transportieren. Das wird ein richtig reger Verkehr. Für meine Lieben habe ich eine *Dropbox* eingerichtet und kann nun all das sehen und lesen, was sie mir da hineinlegen. Wenn ich will, dann kann ich mit ihnen sogar ohne *Flatrate* grenzenlos *skypen*. Schließlich verfüge ich über *LAN* und sogar *WLAN*.

Wenn mal etwas nicht so richtig funktioniert, dann verfüge ich über *Spybot search & de-*

stroy und *Tool-bar* (trocken!), welche die Fehler aufspüren und gleich selbst beseitigen. Bei meinem Schornsteinfeger ist das anders. Das Problem mit dem Werbemüll und der *Spyware* habe ich auch gelöst, mit einem intelligenten *Spamfilter*, der mir dank seiner *Analyse-tools* den *Junk* gleich in den Papierkorb wirft, den ich dann nur noch zu leeren brauche. Ich muß jetzt dafür sorgen, daß mir mein Abfalldienstleister nicht auch dafür noch eine Mülltonne hinstellt und dann – auch ohne Benutzung – Gebühren kassiert.

Mein besonderes Augenmerk gilt natürlich den *Communities* – vermutlich gut gegen Altersinsamkeit. Aus den Angeboten wie *schülervz*, *studivz*, *facebook* und *myspace* werde ich mich wohl für letztere entscheiden. Nun ist es auch nicht mehr weit zu einer eigenen *homepage* wozu ich allerdings noch einen potenten *Webdesigner* suche, der für mich alle *Routerprobleme* löst.

Ein klein wenig fürchte ich mich immer noch vor *Cookies*, Trojanern und Viren. Hier meine ich nicht die, welche die Vogel- oder Schweinegrippe auslösen – die sind wohl vergleichsweise harmlos – sondern diese ganz speziellen Computerschädlinge, die darauf aus sind, mir meine vielen schönen *Images* und Dateien kaputtzumachen, mich auszuspionieren und die ja in der Lage sein sollen, meinen Computer sogar abstürzen zu lassen, obwohl ich den – rein prophylaktisch – ganz fest auf eine kleine Fußbank gestellt habe. Ganz schwierig soll das ja mit den *Dialern* sein, die einen unversehens in eine böse Kostenfalle tap-

pen lassen. Meine diesbezüglichen Sorgen sind aber nun kleiner geworden, denn es ist ja eine ganze *army* von Virensclannern unterwegs. Es gibt nicht nur ein *Antivir-control-center* sondern auch eine *Cookie Wall* und *Cookie crusher* und eine Menge *Firewalls*, die sich fast über schlagen, mir anzubieten, meinen Computer zu schützen. Das ist wie ein Wettbewerb der Pharmakonzerne. Allerdings werde ich das dumpfe Gefühl nicht los, daß es dieselben Leute sind, welche die bösen, bösen Viren, Cookies, Trojaner, Dialer ... erst erfinden und in Verkehr bringen, um mir dann ihre Dienste – für wenig Geld versteht sich – anzubieten.

Trotzdem bleibt noch die Sorge, daß mein Computer eines unschönen Tages plötzlich auf die Idee kommen könnte, nicht mehr zu booten, so daß ich nicht mehr downloaden und meine *Add-ons* nicht mehr *updates* kann und danach dann auch nicht mehr *surfen* und *googeln* und *mailen* und *skypen*, ganz zu schweigen von *chatten* und *bloggen* – alles ganz wichtig, gar überlebenswichtig! Das wäre das Ende! Glücklicherweise habe ich Enkel, die sich mit derlei besser auskennen als ich. Die verstehen sogar etwas von *Green-IT*! Sie können zwar nicht immer gleich kommen, aber manchmal hilft ja schon ein *Benchmarking* per Telefon.

Allerdings muß ich hier auch noch ein klitzekleines Problem lösen. Die Kommunikation mit mir ist nicht so ganz *easy*, weil ich dieses computerchinesisch nur lückenhaft geschnallt habe. Da werde ich wohl um ein entsprechendes *Upgrade* nicht herumkommen.

JOHANNES MADEJA

Anmut sparet nicht ...

Eberswalde (prest-ew). Ein vielseitiges Begleitprogramm bietet das Museum in der Adler-Apotheke zur aktuellen Sonderausstellung »Anmut sparet nicht noch Mühe – Lebenswege von 50 Eberswalder Frauen«, die noch bis zum 13. März im Nord-Flügel gezeigt wird.

15.2.2011, 19 Uhr:

»Lebenswege Eberswalder Frauen«

Literarisches und Musikalisches in der Sonderausstellung des Museums – Veranstaltung des Vereins für Heimatkunde gemeinsam mit dem Museum. Eintritt: frei

3.3.2011, 18 Uhr

»Die Evangelische Frauenhilfe und Helene von Oppen« Vortrag mit Maria Schultz von der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam. Eintritt: 2 EUR

8.3.2011, 18 Uhr

Finissage mit musikalisch-literarischem Programm zum Internationalen Frauentag – Prof. Marianne Boettcher (Geige) und Domenica Reetz (Harfe) begleiten den Abend.

Eintritt: 5 EUR/erm. 3 EUR

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.eberswalde.de oder direkt im Museum in der Adlerapotheke (Tel. 03334/64520).

Preisverleihung auf der Grünen Woche

Umweltministerin Tack überreichte Ersten Preis an Eberswalder Wanderfreund

Günter und Christel Moews aus Eberswalde sind schon seit längerem begeisterte Wanderer und Freunde der Natur. Im vergangenen Jahr besorgten sie sich die Bonuskarten der Naturwacht Brandenburg und ließen sich diese bei jeder Wanderung abstempeln. Besonders oft waren sie bei den NaturFreunden Oberbarnim-Oderland e.V. zu Gast und hatten hier die meisten Stempel gesammelt.

Und Günter Moews hatte Glück. Er gewann den ersten Preis und konnte auf der Grünen Woche aus den Händen von Umweltministerin Anita Tack ein Buch über die heimatische Flora und Fauna sowie ein Brandenburg-Berlin-Ticket der Bahn und ein hochwertiges Leica-Fernglas entgegen nehmen. Die Eintritts-

Anzeige

Märchenbuchsammlung zu verkaufen

Märchen und Sagen aus aller Welt aus einer umfangreichen Sammlung, einzeln oder zusammen. Preis nach Vereinbarung. Bei Interesse eMail an post.an@gerd-markmann.de oder Tel. 03334/356542 (nach 17 Uhr oder AB)

karten für die Grüne Woche hatten Sie vorher zugeschickt bekommen.

Ministerin Tack erklärte bei der Preisverleihung: »Spätestens mit der Preisverleihung wird klar, daß sich Stempel sammeln doppelt lohnen kann. Neben tollen Naturerlebnissen hat man mit Stempeln auf der Erlebniscard die Chance auf attraktive Gewinne.«

Die Teilnahme am Wettbewerb ist kinderleicht. Mindestens eine Naturführung in Brandenburgs Naturlandschaften genießen, die Tour mit einem Stempel auf seiner Erlebnis-Card bestätigen lassen und diese an die Naturwachtzentrale senden.

Familie Moews war jedenfalls begeistert. »Im Anschluß der Auszeichnung gab es noch Kaffee und Kuchen im Beisein der Ministerin. Wir haben uns beide sehr darüber gefreut. Wenn das Wetter es wieder erlaubt nehmen wir auch 2011 wieder an vielen Wanderungen der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V und der Naturwacht teil.« so Christel Moews.

BERND MÜLLER

Freiheit für Hadschi Khan!

»Da schmort also der Hadschi Juma Khan seit 2008 in einem amerikanischen Gefängnis und niemand kümmert sich um ihn und seine Freilassung, trotz all seiner Verdienste um die gemeinsame Sach. Ich sage Ihnen, die Welt ist ungerecht, das Leben ist ungerecht, man möchte ganz depressiv werden.«

»Die Festnahme und Inhaftierung eines einflußreichen Drogenbosses aus Afghanistan sollte Sie eher positiv stimmen. Ist sie nicht ein wichtiges Indiz dafür, daß die USA endlich eingesehen haben, daß es ihrer Glaubwürdigkeit und ihrer angeblich guten Sache eher abträglich ist, wenn sie sich mit zweifelhaften Elementen aus der afghanischen Drogenszene einläßt, auch wenn diese die CIA mit wichtigen Informationen versorgen könnten? Aus moralisch zweifelhaften Quellen darf man nicht schöpfen! Saubere Politik und dirty tricks, das verträgt sich eben nicht. Der Hadschi Khan sitzt mit gutem Grund ein und ich hoffe, daß das Verfahren gegen ihn bald eröffnet wird.«

»Das möchte Ihnen gefallen – ein öffentliches Verfahren gegen einen Mitarbeiter der CIA! Was meinen Sie weshalb der Bush sich hat Guantanamo und die dortigen Militärgerichte einfallen lassen? Wo doch die schlechte Presse, die er deshalb gekriegt hat und die Kritik von die Menschenrechtler, abzusehen waren, aber das hat ihn gar nicht beeindruckt. Er wußte, was er tat und warum. Und jetzt so etwas, eine öffentliche Verhandlung gegen einen Vertrauensmann der CIA wegen Drogenhandel, Bestechung und Unterstützung der Taliban. Wollen Sie die amerikanischen Bemühungen in Afghanistan, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzuführen, total desavouieren?«

Schweyk nimmt einen kräftigen Schluck aus seinem Schwarzbierglas, wischt sich mit dem Handrücken den Schaum von den Lippen und strahlt die Tazzlerin an:

»Aber noch ist es nicht so weit. In der Meldung steht ja kein Wort von einem Verfahren, da ist nur die Rede von seiner Inhaftierung im Jahr 2008. Mehr nicht. Ich nehme an, die Ermittlungen dauern an und werden sich noch hinziehen. Wer weiß, wie lang?«

»So lange, bis die Straftaten durch die Staatsanwaltschaft aufgeklärt sind. Dann wird zügig verhandelt werden. Das Verfahren ist klar, due process of law, nennt man das, das ist angelsächsisches Recht, Herr Schweyk, das gilt seit mehr als 300 Jahren...«

»Mag sein, daß Sie sich im angelsächsischen Verfahrensrecht auskennen, aber Lebenserfahrung und Schwarzmarkterfahrung haben Sie nicht und bibelfest sind Sie auch nicht.«

»Ich bin gespannt auf Ihre Belehrung, schießens los Herr Schweyk, ich bin ganz Ohr!«

»Einmal, als ich noch Putzleck beim Oberleutnant Lukasch war und ich gerade den Blauburgunder, wo er so gern getrunken hat, dekantiert habe, da hat er mich angesprochen und zu

mir gesagt: Schweyk, ich muß schon sagen, daß Sie mich hier in der Etappe immer gut versorgt haben, das rechne ich Ihnen hoch an. Aber jetzt hab ich eine Bitte, weil der Schleichhandel mit den Waren aus den Armeemagazinen überhand genommen hat, so daß die Versorgung der Truppe nicht mehr gewährleistet und damit vielleicht sogar der Erfolg des ganzen Feldzugs gefährdet ist, also, um es kurz zu machen, der Armeechef hat gestern im Offizierscasino erklärt, daß er hier in den nächsten 14 Tagen von uns entscheidende Fortschritte erwartet. Sie kennen sich doch aus in dem Metier, Sie wissen doch, wer in den Armeemagazinen immer mal ein Auge zudrückt und wie die Sachen auf den Schwarzmarkt kommen. Ich geb Ihnen hier 200 Kronen, kaufens damit ein paar Sachen ein und dann berichten Sie mir, damit wir genügend Beweismaterial haben, um den Schwarzhändlern das Handwerk zu legen. Ich möchte unsern Armeechef nicht verärgern, nicht daß er uns noch eines Tages an die Front abkommandiert, das wär zu arg. Schweyk, tun Sie ihr Bestes, ich vertrau ganz auf Sie!

Da war ich jetzt wirklich in einem Gewissenskonflikt. Einerseits war der Befehl des Oberleutnants klar, sein grenzenloses Vertrauen durchaus schmeichelhaft, andererseits konnte ich ja die Leute, die mit mir vertrauensvoll zusammengearbeitet haben, um die schmerzlichen Versorgungsengpässe zu überbrücken, nicht ans Messer liefern. Wovon sollten wir denn künftig leben? Was war da zu tun?

In meiner Gewissensnot hab ich mich dem Feldkuraten, Sie wissen schon, das war der Versoffene, geoffenbart. Der ist zunächst richtig erschrocken, hat er sich doch schon mit ausgetrockneter Kehle auf dem Trockenen sitzen sehen. Da hat er in seiner und meiner Not zur Heiligen Schrift gegriffen und gedäumelt. Mit geschlossenen Augen schlägt er die Bibel auf und fährt mit dem Daumen über die rechte Seite, ich seh ihn noch heut vor mir. Plötzlich bleibt der Daumen stehen, der Feldkurat öffnet die Augen und liest den Vers, den ihm Gott durch seinen Daumen gewiesen hat. Es ist 2. Buch Mose, 20. Kapitel, Vers 16: Du sollst kein, das nächste Wort verdeckte der gottgeführte Daumen, den er nicht verrücken darf, Zeugnis geben wider Deinen Nächsten!

Das also ist Gottes Wort, sagte der Feldkurat. Du sollst kein ... Zeugnis geben wider Deinen Nächsten. Die Korruption in den Heeresmagazinen ist eine Geißel, eine Geißel Gottes ... für das sündige Heer. Der Herr, unser Gott, straft das Heer hart, aber es ist eine göttliche Strafe, gegen die man nicht aufbegehren soll, die man nur demütig annehmen darf. Das werde ich Ihrem Oberleutnant erklären. Schweyk, gehen Sie weiter Ihren notwendigen Geschäften nach, machen Sie ihre Besorgungen, setzens die 200 Kronen, die Ihnen der Lukasch gegeben hat, um, aber denken Sie an das göttliche

Gebot, geben Sie kein Zeugnis wider ihren Nächsten. Schwingen Sie sich nicht zum Richter auf, Richter ist allein der Herr, unser Gott, der uns richten wird, die Lebendigen und die Toten, wie es im Glaubensbekenntnis heißt. Gehen Sie mit Gott.

So hab ich also die 200 Kronen des Oberleutnants umgesetzt, das Nötigste gekauft, einen fetten Schinken, ein paar Flaschen Blauburgunder, ein Kasterl echte Sumatrazigarren und ein paar Flaschen Nußbranntwein, von denen ich gleich einmal zwei für den Feldkuraten reserviert habe, weil er mir in meiner Seelennot so hilfreich zur Seite gestanden ist. Dem Oberleutnant Lukasch hat er anhand der Schrift gezeigt, daß meine Verschwiegenheit genauso zu achten ist wie das Beichtgeheimnis.

Was soll ich Ihnen sagen, es ging nicht lange, da haben sich die größten Schwarzhändler, dieses gottlose Volk, gegenseitig denunziert, so daß die Magaziner allesamt ihres Amtes enthoben und vor das Kriegsgesicht gestellt und erschossen worden sind. Da ist der Schleichhandel plötzlich wie ein Kartenhaus zusammengebrochen. Das war eine harte Zeit, die Preise stiegen ins Unbezahlbare, weil Nachschub fehlte. Da war die Not so groß, daß unser Feldkurat sogar den zusammenklappbaren Feldaltar hat versetzen müssen, um nicht zu verdursten. Das dauerte aber nicht lang, denn die neuen Magaziner merkten bald, wie sie ihren Sold aufbessern könnten und so konnt ich die ärgsten Versorgungsengpässe bald wieder überbrücken.

Sehen Sie und so ist das auch mit dem Hadschi Kahn. Mag sein, der Mann, war in seinem Handel erfolgreicher als andere, vielleicht hat er, warum nicht, auch im eigenen Interesse als beste Quelle der Rauschgiftbehörde und der CIA, den Namen des einen oder anderen Konkurrenten fallen lassen und ist nun selbst das Opfer einer Denunziation geworden. So sitzt er schon bald zwei Jahre ein, nicht in Guantanamo, sondern in die USA. Allein daran erkennen Sie, daß er ein harmloser Bursche sein muß, ein kleiner Fisch, aber keiner interessiert sich für seinen Fall. Und deshalb fordere ich Gerechtigkeit für Hadschi Khan, seine sofortige Freilassung. Das, was man ihm vorwirft, diente doch alles nur seiner Tarnung, das war seine Legende, wie man in diesen Kreisen sagt, um die CIA und die Rauschgiftfahndung mit Informationen aus der Talibanszene versorgen zu können. Ich glaube, der Hadschi Khan ist das Opfer einer Intrige geworden. Den hat jemand angeschwärzt, jemand, der den besten Informanten der CIA ausschalten wollte.

Wer könnte das sein? Denkens einmal nach, da kommens schon drauf. Cui bono, wie der Lateiner sagt, das ist der Schlüssel zur Erkenntnis. Uns und unserer gemeinsamen Sach in Afghanistan schadet es nur. Und deshalb fordere ich Freiheit für Hadschi Khan, unseren besten Informanten! Das mach ich, wenss sein muß, auch noch nachm Krieg, am Freitag um sechs in Prag im Kelch.«

aufgeschrieben von HARTMUT LINDNER

Die Teufelsmühle

Hier, ganz in der Nähe von Hohenfinow, lagen vor alters nicht weit voneinander in einem großen, finsternen Laubwald zwei Wassermühlen. Die eine davon hieß die Teufelsmühle, weil der Leibhaftige Teufel darin wohnte.

Dieser hatte mit dem Besitzer der andern Mühle einen Pakt abgeschlossen, wonach der Müller dem Teufel an jedem ersten Tag im Monat eine Seele abliefern mußte. Der Müller erfüllte seinen Vertrag pünktlich. Bald aber war er in den allergrößten Verruf geraten, denn alle seine Gesellen waren regelmäßig nach kurzer Zeit immer wieder spurlos verschwunden.



Eines Tages kam ein Müllerbursch aus dem Schwabenlande zu ihm gewandert. Er hatte keinen Heller mehr im Beutel und war ganz abgerissen, deshalb suchte er um jeden Preis Arbeit. Der Müller nahm ihn auch sofort auf und gab ihm bekannt, daß er am Ersten jedes Monats eine Fuhre Sägespäne zu fahren habe. Der Geselle erklärte sich bereit, diese Arbeit zu übernehmen, und fuhr am andern Tag, der gerade der Monatserste war, mit seiner Ladung zur Teufelsmühle hinab. Als er dort angekommen war, trat ein Herr in weitem Mantel vor das Haus und befahl ihm, die Sägespäne in eine tiefe Grube zu werfen, die im Hof ausgehoben war. In diese Grube hatte der Teufel früher stets unversehens die Gesellen hineingestürzt, wenn sie sich zum Abladen arglos dem Rand der Grube genähert hatten.

Der Müllergeselle, der schon vieles von der Mühle und ihrem Bewohner gehört hatte, weigerte sich, die Fuhre abzuladen, weil er dazu nicht gedungen sei. Wohl oder übel mußte sich jetzt der Teufel selbst an die Arbeit machen. Kaum bückte er sich jedoch über das tiefe Loch, um einen Armvoll Sägespäne hinunterzuwerfen, als der schlaue Schwabe ihn fix beim Schopf faßte und kopfüber hinabwarf. Gleich darauf stieg aus der Grube ein greulicher Schwefeldampf empor, und mit donnerndem Geprassel brachen die Mühle und alle Gebäude des Gehöfts zusammen; von dem Teufelsitz blieb nichts übrig. Eine Rauchsäule erhob sich über den Trümmern und senkte sich dann in die Grube, in die der Teufel gestürzt war. Der mutige Müllergeselle zog leichten Herzens mit seinem Gespann von dannen, der Teufel aber war von da an um seine Beute geprellt.

Aus der Sagensammlung von BERND MÜLLER

Eine Buchempfehlung zum internationalen Frauentag:

Die Hälfte des Himmels

Die Lage der Frauen ist global gesehen eine Katastrophe. Wir leben auf einer Insel der Seligen und das ist uns zu wenig bewusst. Sollten wir nicht mehr Solidarität üben mit den Menschen, denen weltweit soviel Unrecht geschieht – und zwar Unrecht an Leib und Leben – deren Würde mit ganz anderen Mitteln in den Dreck getreten wird, als wir es uns – gottlob – überhaupt vorstellen können? Es ist nicht immer einfach, sich darüber zu informieren, wie es wirklich um andere Menschen auf unserem Planeten bestellt ist. Oft dringen dann nur die lautesten Medienberichte und die Sarrazins an unser Ohr. Wer dieses Problem kennt, dem kommt ein kürzlich erschienenes Buch zweier amerikanischer Journalisten sicher gelegen. Ein Buch, eine Entdeckung, die das eigene Leben und Handeln verändern kann: »Die Hälfte des Himmels« geschrieben von den beiden Pulitzer-Preisträgern Nicholas D. Kristof und Sheryl WuDunn.

Von pränatalen Schädigungen durch Jodmangel, vom verhinderten Schulbesuch, von fehlender medizinischer Betreuung bei Schwangerschaft und Geburt, vom Menschenhandel und der Sexsklaverei über Vergewaltigungen und Beschneidungen erfährt man alles über das Elend der Hälfte der Mensch-

heit. Immer werden auch Wege aus diesem Elend aufgezeigt und lokale Initiativen vorgestellt, die dagegen ankämpfen. Manchmal ist es verblüffend einfach, Lösungen zu finden und die Dinge zu verändern. Auch die Ergebnisse von Studien und Überlegungen zur Effektivität verschiedener Entwicklungshilfemaßnahmen fließen in die Darstellung mit ein.

Öffentliche Büchereien sollten es anschaffen, damit es allen zugänglich wird. Nicht schwer zu lesen und dennoch liegt es schwer im Magen und das sollte es. Nicht zuletzt fordert es zum Handeln auf und enthält eine Fülle von Beispielen und konkreten Anregungen, was ganz normale Menschen in unserer westlichen Welt für das Menschenrecht der Frauen weltweit tun können.

Ich kann es nicht besser formulieren als Ulrich Beck auf dem Schutzumschlag: »Dieses Buch macht Wut und macht Mut. Es schildert, wie in vielen Teilen der Welt brutale Gewalt gegen Frauen zum normalen Alltag gehört... Menschenrechte müssen auch für Frauen gelten.«

SYLVIA WARKEN

Nicholas D. Kristof/Sheryl WuDunn: Die Hälfte des Himmels. Wie Frauen weltweit für eine bessere Zukunft kämpfen. C.H. Beck 2010. ISBN 978-3-406-60638-0 19,95 Euro

Frauen-Theater zum »100.«

Das Barnimer Netzwerk gegen Gewalt hat zum 8. März 2011, dem 100. Internationalen Frauentag, in Kooperation mit dem Haus Schwärzetal eine Frauentagsveranstaltung organisiert. Das Frauen-Theater »Wilde Mischung« präsentiert um 19 Uhr »Taffe Mütter- Coole Töchter« eine groovy Kampfshow über Mütter und Töchter:

Lilly Walden in der clownesken Doppelrolle als Mutter und Tochter. Was immer die Mutter tut, findet die Tochter peinlich - und umgekehrt. Mütter und Töchter!

Das Verhältnis Mutter - Tochter ist häufig nicht nur äußerst dramatisch, sondern auch meist komisch. Doch im Gegensatz zur Dramatik bleibt die Komik von den Beteiligten meist unbemerkt. Nicht so in diesem Stück. Denn glücklicherweise liebt die Natur Späße.

Zwei Frauen, die charakterlich nicht zusammen passen, knallen aufeinander - Mutter- Tochter: zwei Geschichten- zwei Wahrheiten. Beide völlig wahr, und doch schließen sie sich gegenseitig aus...

Eintritt: 10 Euro, 5 Euro ermäßigt. Karten gibt es im Haus Schwärzetal unter

Tel. 03334 / 25680. Näheres: www.wilde-mischung.de.

Barnimer Netzwerk gegen Gewalt

Winterwanderung und das geheime Harnekop

13. Februar 2011, Sonntag, Winterwanderung über die Berge zum Teufelssee, 12 km: Vom Cöthener Wasserrad ausgehend, führt uns Bernd Schmidt durch winterlichen Wald zum Teufelssee und im Anschluß zur Jugendherberge »Am Teufelssee«, wo eine Mittagsrast am Kamin geplant ist. Der Rückweg erfolgt über den Höhenweg und die Griegerhütte. Hier ist gibt es Kaffee und Kuchen. Transfer Bahnhof Bad Freienwalde zum Ausgangspunkt ist auf Anfrage möglich. Wir bitten in jedem Fall um Anmeldung unter 03344-333200.

Treff: 10 Uhr, Kirche, Cöthen 25, 16259 Falkenberg Ortsteil Cöthen. Gebühren: Erwachsene 2,50 Euro, ermäßigt (Kinder, NaturFreunde und Freienwalder Kurkarteninhaber) 1 Euro, Mitglie-

der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. u. Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

20. Februar 2011 Sonntag, Das Geheimnis von Harnekop, 7 km Wanderung:

Heute werden wir geführt von Förster i.R. Gottfried Lehmann, welcher uns die Natur und die Geschichte von Harnekop und seinen Seen näher bringt. Eine Kaffee- und Kuchenrast ist geplant. Wir bitten um Anmeldung unter 03344-333200

Treff: 13.30 Uhr, Kirche, 16259 Harnekop bei Prötzel. Gebühren: Erwachsene 2,20 Euro, ermäßigt (Kinder, NaturFreunde und Freienwalder Kurkarteninhaber) 1 Euro, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

BERND MÜLLER

Bürgerpost-Autoren 2010

Seit mittlerweile fünfzehn Jahren gibt es die »Barnimer Bürgerpost«. Nach der Vereinsgründung im Mai 1995 erschien im September des gleichen Jahres die erste Ausgabe. Auf dem aktuellen Heft steht die Nummer 193. Das nächste Jubiläum ist somit schon absehbar. Läuft alles nach Plan, wird es im September die 200. Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« geben.

Die inhaltliche Vielfalt unserer Zeitung wurde im Jahr 2010 von 98 Autoren bestimmt (2002: 100, 2003: 105, 2004: 100, 2005: 108, 2006: 124, 2007: 119, 2008: 98, 2009: 105). Unser Dank gilt:

Dr. Siegfried Adler, D.-J. Bahnsen, Hartmut Barth-Engelbart, Bärbel Bedurke, Rudolf Behm, Lars Berndt, Gregor Beyer, Malea Caroline Birke, Helmut Braunschweig, Veronika Brodmann, Simone Dake, Thomas Dyrh, Sabine Eggeling, Susanne Ehlerding, Martin Ehlers, Marisa Elle, Dr. Dagmar Enkelmann, Milena Fehrle, Marko Ferst, Stephan Fischer, Ruth Fritsche, Thomas Gädicke, Dieter Gadischke, Grit Gehrau, Corinna Genschel, Norbert Glaske, Christian Gohlke, Ilona Hanig, Heike Haseloff, Martin Hoeck, Hannes Hohn, Kai Jahns, Janosch Janglo, Ulrich Joachimsen, Gisela Koch, Dr. Helmut Koch, Andreas Köhn, Veronika Kolb, Wolfgang Krafczyk, Jürgen Kumm, Andrea Künnemann, Klaus Labod, Karl-Dietrich Laffin, Margit Lauterbach, Hartmut Lindner, Georg Lohmann, Andy Losch, Dr. Michael Luthardt, Margitta Mächtigt, Johannes Madeja, Udo Markmann, Sergej Matis, Frank Metzger, Bärbel Mierau, Dr. Gabriele Mittag, Klaus Morgenstern, Bernd Müller, Frank Müller, Hans-Jürgen Müller, Michael Müller, Udo Muszinski, Rolf Nowak, Karen Oehler, Cindy Panzer, Beatrix von Pappritz, Dr. Steffen Peltsch, Dr. Manfred Pfaff, Dr. Ulrich Pofahl, Bernd Pomraenke, Ingo Postler, Martina Renner, Rolf Richter, Dieter Sauer, Heinz Schenck, Marianne Schlestein, Philipp Schöning, Hartwin Schulz, Wolfram Simon, Dr. Günther Spangenberg, Andreas Splanemann, Cornelia Sprengel und Sophie Ludwig,

Dr. Andreas Steiner, Sabine Stüber, Susanne Stumpfenhusen, Martin Suchanek, Andreas Sult, Dr. Rainer Thiel, Albrecht Triller, Frank Viehweg, Bernd Wagner, Georg von Wagner, Reinhard Wienke, Veit Wilhelmy, Udo Wolgramm, Jörg Zaumseil, Margot Ziemann, Carsten Zinn und Egon Zweigart.

Im Januar interviewte Dr. Manfred Pfaff die Landratskandidatin *Margitta Mächtigt*, im September sprach Helma Nehrich mit *Carsten Zinn* und im Oktober erschien ein Interview, das Margot Ziemanns mit der Bernauer Bundestagsabgeordneten *Dr. Dagmar Enkelmann* führte. Insgesamt erschienen im abgelaufenen Jahr 419 Beiträge in der »Barnimer Bürgerpost«.

Ein Dankeschön geht an die Digitaldruckerei Grill & Frank in Finow, die stets schnell und zuverlässig unsere Zeitung auf's Papier bringt. Und selbstverständlich gilt auch in diesem Jahr unser besonderer Dank unseren fleißigen Verteilern, ohne die Sie vergeblich auf Ihre »Barnimer Bürgerpost« warten würden. In den Dank eingeschlossen sind die netten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Eberswalder Verkaufsstellen »Globus Naturkost« (Eisenbahnstr. 7), Buchhandlung Mahler (Eisenbahnstr. 2a) sowie die Presseshops Bohtz & Neumann in den Einkaufszentren »Heidewald« (Brandenburgisches Viertel) und »Kleiner Stern« (Finow). Danke sagen wir allen, die mit ihrem Abonnement für das sichere ökonomische Fundament sorgen, ohne das unsere »unabhängige Leserzeitung« nicht existieren könnte.

Liebe Leserinnen und Leser, helfen Sie mit, daß es so bleibt. Wir brauchen Sie dafür. Machen Sie die »Barnimer Bürgerpost« Ihren Nachbarn, Ihren Verwandten und Freunden bekannt. Gewinnen Sie neue Leserinnen und Leser. Überzeugen Sie sie von einem Abonnement der »Barnimer Bürgerpost«. Sie können das am besten.

Dr. MANFRED PFAFF,
Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.
GERD MARKMANN,
Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Wilfried Staufenbiel erhielt Barnimer Kulturpreis

Das Schönower Multitalent Wilfried Staufenbiel, Betreiber der »Galerie im Hühnerstall« und Begründer der Schönower »Cool-Tour-Tage«, wird mit dem 12. Barnimer Kulturpreis von Bündnis 90/Die Grünen geehrt. Der Preis beinhaltet ein Preisgeld von 750 Euro, daß von bündnisgrünen Kreistagsabgeordneten gestiftet wird. »Es war eine knappe Entscheidung«, sagte Jurymitglied Karl-Dietrich Laffin, »denn die Jury konnte und mußte aus einer erfreulich hohen Zahl qualifizierter Bewerbungen auswählen. Das spricht für die vorhandene kulturelle Vielfalt und das kulturelle Niveau im Barnim.«

Der Sänger und Cellist Wilfried Staufenbiel richtete im Jahr 2000 in einem alten Hühnerstall in Schönow eine Galerie ein. Seitdem or-

ganisiert er dort Veranstaltungen verschiedenster Art mit bekannten Künstlern aber auch Ausstellungen begabter Laienkünstler aus der Region. Er rief die Veranstaltungsreihe Schönower »Cool-Tour-Tage« ins Leben, die ein breites Publikum anspricht und unterschiedlichste Menschen zusammenbringt. Im Rahmen dieser Reihe gibt es ein jährlich wiederkehrendes Kindersingwochenende und die »Begegnung der Kulturen«, bei der jeweils ein deutscher und ein ausländischer Chor zusammentreffen. 2004 gründete Wilfried Staufenbiel gemeinsam mit anderen Schönowern den Förderverein Schönower »Cool-Tour-Tage«, der seitdem die Veranstaltungsreihe unterstützt.

THORSTEN KLEINTEICH

Publizistische Grundsätze der Barnimer Bürgerpost

Nach dem Brandenburgischen Landespressegesetz (BpgPG) § 4 (1) ist jede Zeitung verpflichtet, »die vom Verleger beziehungsweise Herausgeber schriftlich aufgestellten publizistischen Grundsätze ... regelmäßig, mindestens einmal jährlich, zu veröffentlichen«. Die folgenden Publizistischen Grundsätze der »Barnimer Bürgerpost« wurden auf der Mitgliederversammlung des Herausgebervereins am 25. März 1998 bestätigt:

1.
Ziel der publizistischen Tätigkeit der »Barnimer Bürgerpost« ist, aktiv an der Meinungsbildung und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim mitzuwirken und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern. Angesprochen werden souveräne Bürgerinnen und Bürger, deren Selbstbestimmtheit und Selbstbewußtsein die »Barnimer Bürgerpost« ein Podium geben will.

2.
Der Inhalt der »Barnimer Bürgerpost« wird von ihren Leserinnen und Lesern bestimmt. Die Arbeit der ehrenamtlichen Redaktion beschränkt sich in der Hauptsache auf das Zusammenstellen der Beiträge.

Der Herausgeberverein garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion. Weder der Verein noch Dritte haben das Recht der inhaltlichen Steuerung, der kommerziellen Anpassung oder sprachlichen Direktive.

3.
Jeder namentlich gekennzeichnete Beitrag wird unzensuriert und ohne Kommentar veröffentlicht. Grenzen werden allein vom zur Verfügung stehenden Platz gesetzt.

Keinen Raum in der »Barnimer Bürgerpost« haben rassistische, faschistische und gewaltverherrlichende Äußerungen.

4.
Die Berichterstattung insbesondere über die lokalen Geschehnisse, über die Entscheidungen und Sichtweisen in den kommunalen Parlamenten, erfolgt ohne besondere Rücksichten mit dem Anspruch, kritisch und frech (bei aller gebotenen Kritik aber auch fair) zu sein.

5.
Zum inhaltlichen Spektrum der »Barnimer Bürgerpost« gehören auch Beiträge zur Umwelt, zur Geschichte und Kultur.

Bernau/Biesenthal/Eberswalde:

Castor-Alarm im Barnim

Im Februar rollt wieder ein Castor-Zug mit hochradioaktiven Müll ins Zwischenlager Greifswald. Eine der möglichen Transportrouten führt durch den Barnim. Deswegen organisieren wir am 12. Februar Protestveranstaltungen in Bernau, Biesenthal und Eberswalde. Auch wenn in der Zeit vom 15.-17. Februar der Castor durch dem Barnim rollen sollte, werden wir uns an die Strecke begeben, um dort für den sofortigen und weltweiten Ausstieg aus der Atomenergie zu demonstrieren.

Dieser Transport ist nicht nur vollkommen sinnlos (Was soll der Atommüll in Greifswald?), er ist auch gefährlich. Bei einem Unfall droht eine radioaktive Verstrahlung der gesamten Umgebung. Durch den Weiterbetrieb der Atomanlagen wird immer weiter hochradioaktiver Müll produziert, ohne daß irgendjemand weiss, wie dieser Müll sicher gelagert werden soll. Hochradioaktiver Müll strahlt mehrere zehntausend Jahre. Völlig absurd ist es für einen solch langen Zeitraum eine sichere Endlagerung garantieren zu wollen, wie zur Zeit in Asse und Morsleben auf tragische Weise betrachtet werden kann. Das einzig vernünftige in dieser Situation ist ein Ende der Atommüllproduktion, also die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen.

Der Atommüll stammt aus der Wiederaufarbeitungsanlage in Karlsruhe. Hier wurde eine Versuchsanlage betrieben, der dann mehrere große Anlagen in Deutschland folgen sollten. Das konnte von der Anti-AKW-Bewegung verhindert werden. Der in Karlsruhe verarbeitete Atommüll stammte vor allem aus den

Atomkraftwerken der Energiekonzerne. Die Kosten für den Transport und die Lagerung soll nun aber komplett vom Staat bezahlt werden. Zu den Profiteuren dieser Regelung gehört der Energiekonzern EnBW, Betreiber der Atomkraftwerke in Baden Württemberg. Deren Tochterunternehmen EWE gehört zu den führenden Gas- und Stromanbietern in der Region und hat mit über 40% von allen Stromanbietern in Deutschland den höchsten Anteil von Atomenergie im Energiemix. Es ist an der Zeit für einen Wechsel des Strom- und Gasanbieters. Atomstromfreie und ökologische Angebote finden sich hier und hier.

Am 12. Februar wird es bundesweit an den Amöglichen Transportstrecken Aktionen geben. Wir rufen zu Kundgebungen in Bernau, Biesenthal und Eberswalde auf. Sie sind zeitlich so gestaffelt, daß wer mag auch an allen drei Veranstaltungen teilnehmen kann (gemeinsame Fahrt mit dem Zug).

Für den sofortigen und weltweiten Atomaustritt! Keinen Castor-Transport durch den Barnim!

12. Februar 2011:

11.00 Uhr Kundgebung Bahnhofsvorplatz Bernau
12.30 Uhr Kundgebung vor dem EWE-Sitz in der Biesenthaler Bahnhofstraße

14.00 Uhr Kundgebung vor dem EWE-Sitz am Eberswalder Marktplatz

Wenn der Castor-Transport in Karlsruhe startet, öffnen die Infopunkte in Bernau und Biesenthal. Hier kann sich jeder und jede informieren, wo sich die Castoren gerade befinden und welche Strecken sie nehmen. Sollte der Zug über den Barnim fahren, werden wir von dort rechtzeitig zu den Bahnhöfen gehen, um dort für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg zu demonstrieren.

Infopunkt Bernau: Alte Post Bahnhofsvorplatz
Infopunkt Biesenthal: Kulturbahnhof

Die Infopunkte sind beheizt, es gibt Essen und Getränke, Informationen und Filme. Bei Bedarf kann dort auch übernachtet werden (Schlafsäcke mitbringen). Von dort kann auch noch rechtzeitig zu den Protestaktionen in Greifswald aufgebrochen werden, wenn der Castor nicht durch den Barnim fahren sollte.

Am 16.12. um 20 Uhr läuft im Kulturbahnhof Biesenthal der Film »Yello Cake« über den Uranabbau in Thüringen, Sachsen, Kanada, Australien und Namibia.

Mehr Informationen zum Castor-Transport:

<http://lubmin-nixda.de/> und <http://contratom.de>

*Barnimer Anti-Castor Aktionsbündnis:
Dosto Bernau, Aktionsgruppe Stopp Castor Biesenthal, Linke Aktionsgruppe Eberswalde*

*UnterzeichnerInnen:
Linksjugend [solid] Barnim,
DIE LINKE Barnim,
Grüne Kreisverband Barnim,
Grüne Jugend,
Lokale Agenda 21 Biesenthal,
Gruppe Arbeitermacht Eberswalde*

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
 Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
 ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
 Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
 Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
 Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Mächtig, Markmann, Müller, Stöwe (prest-ew), Tomaschek

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

redaktionsschluß: 3. Februar 2011

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 3.3.2011, 12 Uhr.